

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Rl.
monatl. 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Rl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,16 Rl., monatl. 5,39 Rl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Rl.
Danzig 3 Gd. Deutschland 2,50 Rl. M. — Einzelnummer 25 Gr. Dienstags und
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Berner Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die eispiel-
tige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%. Aufschlag. — Bei Platz-
vorchrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offsetengebührl. 100 Groschen. — Für das Erlösen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Botschaftskonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847

Nr. 140.

Bromberg, Sonnabend den 21. Juni 1930.

54. Jahrg.

Amerika gegen Europa.

Der größte Krieg aller Zeiten.

Alles in allem: Amerika will uns alles verkaufen und bei uns nichts kaufen." Mit diesen Worten leitet die Pariser Zeitung *L'Œuvre* eine heftige Kampagne gegen das neue amerikanische Zollgesetz ein. Wenn das französische Blatt dabei von "uns" spricht, so denkt es dabei nicht an Frankreich allein, sondern an die gesamte außeramerikanische, in erster Linie also an die europäische Welt. In der Tat bedeutet der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten eine unverhüllte Kampagne an Europa. Ein Volkskrieg, der größte, den man je erlebt hat, beginnt. Sein Ausgang wird für alle Beteiligten nur schädlich sein.

Vor einigen Tagen hat das amerikanische Repräsentantenhaus die Zollnovelle der Regierung mit einer geringen Mehrheit von 222 gegen 153 Stimmen angenommen. Noch geringer war die Mehrzahl am Tage vorher im Senat. Dort hat die Zollnovelle 44 Stimmen für und 42 Stimmen gegen sich gebracht. Man hätte nun annehmen können, daß Präsident Hoover angesichts dieser Sachlage von seinem Verteidigung Gebrauch machen und die Unterschreibung des Zollgesetzes ablehnen würde. Er hat es jedoch nicht getan. Denn Hoover war es, der schon während der Wahlkampagne auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, die amerikanischen Zollmauern zu erhöhen. Damals haben die fremden Regierungen sich beeilt, in Washington recht energisch vorstellig zu werden und es schien kurze Zeit so, als hätte Präsident Hoover den Gedanken an den neuen Zolltarif aufgegeben. Indessen war dies nicht der Fall. Die einflussreichen Wirtschaftskreise, mit denen Präsident Hoover auf engste verbunden ist, haben ihren Willen geltend gemacht, — und da hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, der bekanntlich laut Verfassung zugleich ein eigener Regierungschef ist, nichts zu besteuern. Die Ereignisse nahmen ihren Lauf, und nun ist das unerfreuliche Zollgesetz da.

Der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten besitzt sich mit mehr als 8000 Warenartikeln und soll nach der Grundidee seiner Schöpfer über 25 Milliarden Goldmark pro Jahr einbringen. Das Hauptziel der riesigen amerikanischen Schatzöölle ist, dem Land aus der schweren Krise zu verhelfen, die auch jenseits des Ozeans wütet.

Schon seit Jahren leidet Amerika an einer enormen Überproduktion, deren Wirkungen sich erst allmählich, zuletzt aber in katastrophalem Ausmaße, bemerkbar gemacht haben. Die Kaufkraft der Bevölkerung konnte in Amerika nicht mit der Vergrößerung der Produktion Schrift halten. Es schien so, als ob das amerikanische Volk in der letzten Zeit über seine Verhältnisse lebte, dieses reiche amerikanische Volk, das vor solcher Gefahr so ausgezeichnet geschützt schien. Die Arbeitslosigkeit in Amerika nimmt zu, die Not der Bevölkerung, welche durch soziale Gesetzgebung gesichert ist, steigt in katastrophalem Ausmaße, und alle großangelegten Hilfsprogramme des Präsidenten Hoover haben bis jetzt versagt. Nach dem Börsenzusammenbruch vom 11. November des vergangenen Jahres hat die amerikanische Regierung verkünden lassen, daß das Land künftig vor solchen Erschütterungen bewahrt sein würde. Der Börsenzustand des 16. Juni, der das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten um 20 Milliarden Mark vermindert hat, muß als bester Beweis dafür gelten, daß die amerikanische Wirtschaftskrise nicht nur nicht aufgeholt worden ist, sondern sich weiterhin verschärft hat. Das neue Zollgesetz soll nun den amerikanischen Markt vor der ausländischen "Invasion" schützen. Gleichzeitig soll aber die amerikanische Ausfuhr keine Veränderung erfahren!

Es fragt sich, wie dies möglich sein soll. Schon heute künden Frankreich und die Schweiz, deren zahlreiche Industriezweige infolge des amerikanischen Zollgesetzes vor dem Zusammenbruch stehen, Gegenmaßnahmen an, die auf einen beinahe völligen Boykott amerikanischer Waren auslaufen. Der amerikanische Außenhandel hat im Laufe der letzten vier Monate eine fühlbare Veränderung erfahren. Das neue Finanzgesetz wird eine weitere Schrumpfung der Handelsbilanz nach sich ziehen. Die Schulden Amerikas — und wer ist heute nicht Amerikas Schuldner! — vor Zollmauern gestellt werden es noch schwieriger haben, ihren Schuldbeschleifungen gegenüber Amerika nachzukommen. Die politische Gerechtigkeit gegen Amerika wird immer weiter um sich greifen. Und im Laufe des Dollars selbst wird das neue Zollgesetz zur Lebensverteuerung und zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führen. Die Einrichtung von Zollschanzen allein, ohne daß produktive Maßnahmen folgen, hat sich noch nie als heilsbringend erwiesen. Die amerikanische Zolloffensive bedient aber nicht nur eine Gefährdung der ohnehin schon erheblich gesunkenen amerikanischen "Prosperität", sondern zugleich eine bedrohliche internationale Aktion, die unabsehbare Folgen nach sich ziehen kann. Das amerikanische Parlament war von allen guten Geistern verlassen, als es für die neue Zollvorlage stimmte.

General Dawes — Diktator von Chicago.

Wie aus Chicago gemeldet wird, brachte eine dortige Zeitung die Meldung, daß der ehemalige Bizepräsident der Vereinten Staaten und gegenwärtige Botschafter in London, General Dawes, zum Diktator der Stadt Chicago ernannt werden soll, um die dortigen Verhältnisse zu sanieren und der Aktion verbrecherischer

Elemente ein Biel zu setzen. Das Blatt gibt der Überzeugung Ausdruck, daß General Dawes der einzige für diesen Posten passende Mensch sei, dem es gelingen werde, die Stadt von den Banditen zu säubern, deren Zahl 10 000 überschreitet.

Die Stadtverordnetenversammlung von Chicago hatte eine besondere Kommission ins Leben gerufen, die Vorschläge für Personalveränderungen im Polizeipräsidium machen soll. Im Ergebnis der ersten Ermittlungen kam es an den Tag, daß Banditen zusammen mit Alkoholschmugglern einen gemeinsamen Fonds in Höhe von sechs Millionen Dollar gebildet hatten, von dem die Polizeibeamten regelmäßig monatliche Gehälter bezogen. Im Zusammenhang damit wurden der Polizeipräsident Ruccel und sein Stellvertreter Inspektor Stege von ihren Ämtern entbunden.

Polen lehnt ab.

Die Ein- und Ausfuhr-Konvention kann nicht in Kraft gesetzt werden.

Warschau, 20. Juni. (PAT) Durch Vermittlung des ständigen Delegierten Polens beim Völkerbunde, des Ministers Sokal, überreichte die polnische Regierung am Sonnabend dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Erklärung, in der sie feststellt, daß sie die Inkraftsetzung der internationalen Konvention über die Aufhebung der Verbote und Einschränkungen der Ein- und Ausfuhr vom 8. November 1927 bis zu einer Zeit vertagen müßt, da entweder die Freiheit der Umsätze auf allen Gebieten des Außenhandels Polens international garantiert wird, oder auch, da Polen in der Form von zweiseitigen Abkommen seine Ausfuhr auf diejenigen Märkte wird sicherstellen können, die natürliche Abnehmer der polnischen Ausfuhr sind und die bis jetzt durch eine künstliche Einfuhrreglementierung verschlossen sind.

Ihren Standpunkt begründet die polnische Regierung damit, daß, wenngleich sie in allen ihren wirtschaftlichen Maßnahmen die weitgehendste Inkraftsetzung der Grundsätze eines freien Warenaustausches anstrebt, die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen Polens mit seinen östlichen und westlichen Nachbarn, die den polnischen Export einschränken, es nicht gestatten, diese Grundsätze ins Leben treten zu lassen. Einerseits gestattet die jetzt geänderte wirtschaftliche Struktur des im Osten gelegenen Gebiets Polens nicht, auch nur zum Teil den Exportmarkt von polnischen Fertigwaren zu den vorkriegszeitlichen Ausmaßen zu bringen. Andererseits aber gestattet die Art der Anwendung der deutschen Verteilungsbestimmungen für Zwecke der wirtschaftlichen Reglementierung des Imports den Export des wichtigsten polnischen Produkts, d. h. von Büchterzeugnissen nach Deutschland, nicht.

Die Antireglementierungs-Konvention befürwortet nicht in genügendem Maße die Möglichkeit eines ähnlichen Missbrauchs der Veterinärbestimmungen infolge Mangels an Arbitrage-Sanktionen, von denen der Artikel 4 der Konvention ausgeschlossen wurde. Außerdem muß hervorgehoben werden, daß zwei wichtige Artikel des polnischen Umsatzes mit Deutschland, nämlich Kohle und Bruch, trotz des Beitritts Polens zur Konvention auch weiterhin der Reglementierung unterliegen würden. Bei diesem Sachzustand würde der Beitritt Polens zu der Antireglementierungs-Konvention den polnischen Inlandsmarkt bei der Ausfuhr der Gnade der Reglementierung ausliefern.

Aus den erwähnten Gründen könnte Polen im gegenwärtigen Augenblick die Konvention nicht in Kraft setzen, es wünsche jedoch, sich in seiner Wirtschaftspolitik auch weiterhin von dem Geist des weitgehenden Liberalismus den Staaten gegenüber leiten zu lassen, die in ihren Wirtschaftsbeziehungen zu Polen den freien Umsatz loyal handhaben werden.

Nach der Senatsvertagung.

Protestdeklarationen der Opposition.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 20. Juni.

Die diesjährige Vertagung der Senatsession erfolgte unter recht ungewöhnlichen Umständen. Dem Senatsmarschall Symanski wurde die Verordnung des Präsidenten über die Vertagung des Senats unmittelbar nach Mitternacht, nachdem er am 17. d. M. aus dem Theater zurückgekehrt war, in seiner Privatwohnung zugestellt. Das Dekret des Präsidenten mit der Gegenzzeichnung des Ministerpräsidenten trägt das Datum "Wilna, den 17. Juni", während das Schreiben des Herrn Sławek an den Senatsmarschall in Warschau vom 18. Juni datiert ist. Beide Dokumente müssen also schon vorher fertiggestellt gewesen sein. Mit der Vertagung am 18. d. M. rechneten nicht einmal der Marschall und die Führer der BB-Klubs.

Zur Mittagszeit des 18. d. M. traten die einzelnen Senatsklubs zu Beratungen zusammen. Um 1 Uhr fand eine Sitzung der gesamten Centro-Linke statt, zu der auch Vertreter der Senatsklubs der Nationalen Minderheiten eingeladen wurden. Man beriet über drei Stun-

den, ohne zum Besluß einer gemeinsamen Declaracion zu gelangen.

Die Vertreter der Parteien der Zentrolinien kamen dahin überein, am Freitag nochmals eine Sitzung abzuhalten, in der der bereits abgesetzte Protest gegen die Vertagung des Senats zur Annahme gelangen wird. Die Protestdeklaration sollte von allen Oppositionsklubs des Senats unterzeichnet werden. Dieser Plan scheiterte jedoch an dem Widerstande der Vertreter des Jüdischen Klubs, die u. a. verlangten, daß in der Protestdeklaration ausdrücklich hervorgehoben werde, daß die Vertagung der Senatssession die Bezeichnung des Gesetzes über die Aufhebung der Rechtsbeschränkungen der Juden unmöglich mache. Die Klubs der Zentrolinien wollten sich mit diesem Zusatz nicht einverstanden erklären. Darauf erklärte Senator Koerner im Namen des Jüdischen Klubs, daß dieser prinzipiell den Inhalt der Declaracion billige, doch die Unterzeichnung der Declaracion ablehnen müsse.

Der Nationale Klub im Senat fasste am 18. d. M. folgenden Besluß:

Der Präsident der Republik hat am 17. d. M. die außerordentliche Senatsession vor dem Zusammentritt der Kammerei vertagt. Der Nationale Klub im Senat stellt fest, daß dieser Akt eine nochmalige Verletzung der Verfassung darstellt. Die Regierung trägt die politische Verantwortung für diesen verfassungswidrigen und den Lauf des staatlichen Lebens auf allen seinen Gebieten hemmenden Schritt. In dem die Regierung die Unterzeichnung eines solchen Aktes anträgt, untergräßt sie die Autorität des Präsidenten der Republik, der in erster Reihe zum Schutze der Verfassung herauft ist und der in die inneren politischen Kämpfe nicht hineingezogen werden sollte.

Das Interesse Polens erfordert, daß der Desorganisation des staatlichen Lebens ein Ende gemacht werde. Und das kann ausschließlich durch die vollständige Änderung des gegenwärtigen Regierungssystems und durch den Rücktritt jener Leute, die heute die Macht haben, erfolgen."

Der Sejm einberufen.

Warschau, 20. Juni. Die erste Sejmssitzung nach der Vertagung ist auf Montag, 23. d. M. angesetzt. Die Tagesordnung enthält 12 Punkte, von denen die wichtigsten die Zusatzkredite für die Regierung, die Aufhebung der Rechtsbeschränkungen der Juden und die Reform der Umsätze neuer sind.

Zu Regierungskreisen sieht man jedoch der ersten Sejmssitzung sehr skeptisch entgegen, da allgemein angenommen wird, daß der Sejm wiederum der Vertagung anheimfällt.

Kommunistisches Attentat auf das polnische Generalkonsulat in Berlin.

Berlin, 20. Juni. (PAT) Am Sonnabend abend gegen 10 Uhr haben einige unbekannte Täter durch Steinwürfe auf das polnische Generalkonsulat in Berlin 12 Fensterscheiben eingeschlagen. Nach dem Bericht des Polizeipräsidenten vermochten die zum Schutz des Konsulatsgebäudes und des Generalkonsuls aufgestellten Polizeiposten nicht einzuschreiten, da sie vom Tatort durch einen simulierten Motorradunfall abgelenkt worden waren. Gestern vormittag sprach der Chef des diplomatischen Protocols in der polnischen Gesandtschaft vor und sprach dem polnischen Gesandten das Bedauern des Auswärtigen Amtes über den Zwischenfall aus. Gleichzeitig sagte er zu, daß der Vorfall polizeilich nachdrücklich verfolgt werden würde.

Dem "Berliner Tageblatt" zufolge hat die Polizei im Laufe des gestrigen Vormittags die Nachforschungen nach den entkommenen Tätern aufgenommen. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei scheint der Überfall planmäßig vorbereitet gewesen zu sein. Die Täter dürften in den Kreisen der Kommunisten zu suchen sein, die bereits Anschläge gegen polnische Konsulate in Hamburg und Prag als Protest gegen die Todesurteile gegen drei junge Kommunisten in Lemberg verübt haben. Zeugen des Vorfalls, die die Täter genau gesehen haben, sind dagegen der Meinung, daß es sich um Nationalsozialisten handelt. Die Polizei hat am Donnerstag mittag eine ganze Reihe von Zeugen vernommen und verfolgt bereits zwei Spuren, die zu einer baldigen Verhaftung der Täter führen dürften. Um weitere Zwischenfälle vor dem polnischen Konsulatsgebäude zu verhindern, hat der Kommandeur der Schutzpolizei der Gruppe West ein starkes Polizeiaufgebot in dieser Gegend postiert.

Kommunistische Exesse in Lemberg.

Lemberg, 20. Juni. (PAT) Im Zusammenhange mit den drei Todesurteilen, die in Lemberg bei dem letzten kommunistischen Prozeß gefällt wurden, versuchten gestern vormittag Lemberger Kommunisten eine Protestversammlung abzuhalten. In kleinen Gruppen fanden sie vor dem Sobieski-Denkmal zusammen. Als der kommunistische Sejmabgeordnete Rostak aus Lodz eine An-

sprache zu halten begann, wichen sich ihm in der Nähe befindliche Arbeiter und Handwerker entgegen, schlugen ihn blutig und zwangen ihn zur Flucht. Zwischen den Abgeordneten begleitenden kommunistischen Kampftruppe und den Arbeitern entwickelte sich ein Kampf, in dessen Verlauf einige Kommunisten verletzt wurden.

Antikommunistische Bewegung in Finnland.

Wie aus Helsingfors berichtet wird, nimmt die antikommunistische Bewegung in Finnland mit jedem Tage an Umfang zu, wobei die Bevölkerung aus eigenem Antriebe den kommunistischen Agitatoren die Arbeit erschwert. Man verlädt die Agitatoren in Autos und befördert sie an die sowjetrussische Grenze. Am Dienstag griffen Mitglieder des Verbandes „Rygiel Finland“ (der Krieg Finnlands) 15 Agitatoren auf, und trieben sie an die sowjetrussische Grenze. Dort drückte man ihnen Transparente mit antibolschewistischen Aufschriften in die Hände und zwang sie durch Steinwürfe, das finnische Gebiet zu verlassen. Zu dem Glauben, daß man es mit Mitgliedern des „Rygiel“ zu tun hatte, die einen Überfall auf sowjetrussisches Gebiet zu unternehmen beabsichtigten, gab die russische Grenzwache auf die bolschewistischen Abgesandten einige Salven ab, wobei fünf aus Finnland hinausgeworfene Kommunisten durch die Kugeln der Grenzwache getötet, die übrigen aber fast ausnahmslos verletzt wurden.

In den letzten Tagen hat auch die finnische Regierung eine sehr energische Aktion gegen die kommunistischen Agitatoren eingeleitet, die unter polizeilichem Schutz in die Sowjetgrenze abgeföhrt und auf die bolschewistische Seite getrieben werden. In den nächsten Tagen soll ein Regierungsschluß erscheinen, durch welches die kommunistische Partei als illegal bezeichnet wird.

Der legale Grenzübergang.

Das „Konitzer Tageblatt“ meldet aus Konitz: „Freigesprochen wurden gestern zwei polnische Staatsbürger, die ohne gültigen Pass über Danzig nach Deutschland gefahren waren. Der Richter begründete den Freispruch damit, daß die hier maßgebende polnisch-Danziger Grenze mit rechtsverbindlichen Ausweisen auf legalem Wege überschritten und die Grenzüberschreitung von Danzig nach Deutschland Sache der Behörden dieser beiden Staaten sei. Demgemäß waren die Angeklagten freizusprechen.“

Und der Pfadfinder-Prozeß?

Das verständige Urteil des Konitzer Gerichts hat seine Präjudizia bereits in Urteilssprüchen anderer polnischer Gerichte im ehemals preußischen Teilgebiet gefunden. Die Sache ist klar und logisch: wer mit legalen Ausweisen nach Danzig ausreist, genügt den polnischen Pfahrvorschriften. Was dann weiter an der Grenze zwischen Danzig und Deutschland geschieht, geht weder die polnische Gerichtsbarkeit noch die polnischen Pfahrvorschriften irgend etwas an. Wenn irgendwo in dem nach unserer Ansicht von A bis Z unglaublichen Pfadfinder-Prozeß die Strafammer des Bromberger Bezirksgerichts den entgegengesetzten Standpunkt einnahm und junge Pfadfinder mit hohen Gefängnisstrafen belegte, weil sie diesen erlaubten Umweg über Danzig zu ihren Stammesbrüdern im Reich genommen hatten, dann war dieses Urteil nicht allein nach unserer Ansicht ein Fehlurteil. Wir verzichten es mit Genugtuung, daß jetzt wieder ein polnisches Gericht den gleichen Standpunkt einnimmt, und wir erwarten mit Bestimmtheit, daß der politisch und rechtlich in gleicher Weise unhalbaren Pfadfinder-Prozeß in der zweiten Instanz mit einem glatten Freispruch endet.

Moldenhauer tritt zurück.

Krise der Reichsregierung.

Berlin, 20. Juni. (Eigene Meldung.) Nachdem nicht nur die Opposition, sondern auch alle Regierungsparteien bis auf das Zentrum das vom Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer ausgearbeitete Sanierungsprogramm und vor allem den Plan eines Notopfers der Festbesoldeten scharf bekämpft hatten, bot der Reichsfinanzminister, unter dem Druck der Deutschen Volkspartei, der er angehört, am Mittwoch nachmittag seinen Rücktritt an. In einer Kabinettssitzung, an der der leichterkrankte Reichswirtschaftsminister Dietrich-Baden nicht teilnahm, wurde am gleichen Tage das Rücktrittsgesuch Dr. Moldenhauers abgelehnt.

Das Kabinett war sich darüber klar, daß diese Krise in der Leitung des Reichsfinanzministeriums nur zu lösen sein werde, wenn man den Reichstag auflöse und mit den Vollmachten des Reichspräsidenten das bekämpfte Notopfer im Verordnungswege einführe. Die Neuwahlen hätten freilich unter diesen Bedingungen für die Regierungsparteien recht verhängnisvoll ausgehen können.

Aus diesem Grunde plante Reichskanzler Dr. Brüning einen Besuch beim Reichspräsidenten von Hindenburg, der sich gegenwärtig auf seinem Gute Neudeck in Westpreußen aufhält. Der Kanzler wollte sich im Flugzeug dorthin begeben.

Schon vorher hatte sich Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer jedoch — unter dem Druck der Deutschen Volkspartei — entschlossen, nochmals sein Rücktrittsgesuch in aller Form einzureichen und seinen Entschluß als unwiderruflich zu bezeichnen.

Als sein Nachfolger wird in erster Linie der Reichswirtschaftsminister Dietrich-Baden genannt, der der demokratischen Partei angehört, in zweiter Linie der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Cremer.

Sollte der Reichswirtschaftsminister Dietrich die Leitung der Reichsfinanzen übernehmen, so dürfte das Reichswirtschaftsministerium der Deutschen Volkspartei zufallen. Für diesen Fall wird der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz genannt, der schon früher einmal Reichswirtschaftsminister war. Sollte er ablehnen, so käme der Reichstagsabgeordnete von Raum zuerst in Betracht.

Polnische Zugeständnisse an die Ukrainer?

Die in Nr. 137 vom 17. d. M. in der „Deutschen Rundschau“ wiedergegebenen Enthüllungen des „Russkij Golos“, des Organs der offiziellen Russophilen, die sich als „Alt-Ruthener“ bezeichnen und es entschieden ablehnen, als Ukrainer zu gelten, über angebliche Verhandlungen zwischen der „Uno“, der größten ukrainischen Partei, und der Regierung zum Zwecke der Gewinnung dieser Partei über eine Zusammenarbeit mit dem Sanierungsregime, werden von dem „Dilo“, dem Organ der „Uno“, zwar demontiert; doch der „Russkij Golos“ hält nicht allein an seinen Informationen fest, sondern bringt sogar

neue sensationelle Einzelheiten.

U. a. behauptet das Blatt, daß die von der „Uno“ gestellten Bedingungen von Minister Józefewski angenommen worden waren, einige von ihnen aber auf den Widerspruch des Ministerpräsidenten, eines weiteren Kabinettsmitgliedes und eines hohen Würdenträgers aus dem Inneministerium gestoßen seien. Eine Verständigung sei bereits erreicht worden über die Änderung der ruthenischen Terminologie in die ukrainische, ferner über die ukrainische Universität, die in Przemysl gegründet werden soll. Außerdem habe man sich mit der Änderung des Grabski-Gesetzes über die ultraquistischen Schulen einverstanden erklärt und den Undisten versprochen, daß sie in den Staatsdienst, auch in der Verwaltungsbabteilung, angenommen werden würden. Metropolit Szeptycki wolle durch den polnisch-ukrainischen Ausgleich den

Einfluß des Vatikans

auf die Geschicke der orthodoxen Kirche in Polen sicherstellen und die Orthodoxie in Ostgalizien liquidieren. Die Frage des „Marodni Dom“ und der Lemberger Stalropigia (zweiter bedeutender ukrainischer kultureller Institutionen) sei bis zum Abschluß der Verhandlungen vertagt worden.

Der „Russkij Golos“ repräsentiert puren russische Tendenzen und hält die Ukrainer oder in seiner Terminologie die „Kleinrussen“ für einen Bestandteil des russischen Volkes. Das Blatt glaubt an die Wiedererstehung des alten Russland, das einst alle Bestandteile des russischen Volkes übernehmen würde. In den Verhandlungen mit der „Uno“ sieht der „Russkij Golos“ ein Attentat auf die Alt-Ruthenen, das er als einen feindlichen Akt gegenüber der ganzen russischen Nation brandmarkt.

Zu diesen Enthüllungen des moskophilen Blattes nimmt jetzt auch der Krakauer „Gaz“ (das Organ des konservativen Flügels des Regierungsklubs), Stellung und stellt einleitend fest, daß innerhalb der ukrainischen Parteien ein gewisses Bestreben nach einem Ausweg aus dem bisherigen rein negativen Standpunkt gegenüber der polnischen Staatlichkeit wahrzunehmen sei, der ihnen nur Nachteile gebracht hätte.

„Die ukrainische Emigration in Prag und Berlin“ — so schreibt der „Gaz“ — „beginnt bereits ihren bisherigen Vorwürfern zur Last zu fallen, und die Tschechen z. B. würden gern die ukrainischen Schulen und Institute liquidieren, da sie kostspielig und unproduktiv sind. Die übernommenen Verpflichtungen halten sie vorläufig davon zurück; da jedoch die ukrainische Emigration nicht mehr zunimmt, muß diese Liquidierung notgedrungen einmal erfolgen. Außerdem verlieren die ukrainischen Emigranten, die so viele Jahre in fremden Zentren leben, besonders im jüngeren Geschlecht, die nationale Widerstandskraft und verraten den Willen, sich mit ihrer neuen Umgebung assimilieren. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß, wenn der gegenwärtige Sachzustand noch einige Jahre andauert, die russische Emigration für die ukrainische Volksidee verloren sein wird. Freilich ist dies nicht unsere Sorge; wir schneiden die Frage nur deshalb an, da die alten ukrainischen Emigranten Polen gegenüber das unversöhnlichste Element bilden und durch ihre Verbissenheit und Verblendung die Sanierung der polnisch-ukrainischen Verhältnisse ungemein erschweren. Erst wenn sich die polnischen Ukrainer unabdingt von den Emigrationseinflüssen losreihen und sich ohne Vorbehalte auf den Boden der polnischen Staatlichkeit stellen, kann von einer Verständigungsmöglichkeit die Rede sein.“

Vorläufig glauben wir nicht daran,

dass irgend welche Verhandlungen ein günstiges Ergebnis zeitigen könnten. Auf ukrainischer Seite ist dafür weder der gute Wille, noch eine Einheitlichkeit in den Ansichten auf das polnisch-ukrainische Zusammenleben vorhanden. Ein bedeutender Teil der ukrainischen Führer sucht trotz der offensiven Tatsache, daß die sogenannte „Ukrainische Republik“ eine inhaltlose Firma ist, eine Stütze an Sowjetrußland. Andere wiederum sind noch andauernd hypnotisiert von dem Gespenst des Separatismus und vermischen, da sie das Gefühl für die politische Wirklichkeit verloren haben, jegliche Verständigungsidee. Dies bezieht sich in erster Linie auf die ukrainischen Führer in Galizien, die eher Agitatoren als Politiker sind und die müßigen Vorurteile, sowie ihre utopischen Hoffnungen nicht ableiten können. Bedeutend leichter wäre es, sich mit den Petljura-Anhängern, ja sogar mit den Alt-Ruthenen zu verstündigen, wenngleich diese letzteren kein genug starkes Element darstellen, um als Verständigungspartner in Frage kommen zu können. Beginnt die Regierung irgend eine Aktion in der ukrainischen Frage, so muß sie dies überaus vorsichtig und nach sehr delikater Prüfung des Terrains tun. Wir verstehen, daß der Anfang diskret sein und auf einleitenden, nicht bindenden (!) Gesprächen beruhen muß. Wir zweifeln nicht daran, daß die Regierung aus ihrer Reserve herausgetreten wird, sobald die Frage in ein reales Stadium getreten ist, und wir sind davon überzeugt, daß das Motiv ihrer Aktion nur die Sorge sein kann, den polnischen Bestand im Osten zu sichern.

Leitungsverträge an der ukrainischen Front?

Das Moskauer Echo.

Die Moskauer offizielle „Iswestja“ haben am 8. Juni eine Korrespondenz aus Warschau veröffentlicht, in der ihr Informator Bratin — nach der in Przemysl erschienenen nationalen ukrainischen Wochenschrift „Ukrainiskij Golos“ — mitteilt, daß in der Petljura-Regierung der ukrainische Volksrepublik, die glücklich auf

dem Gebiet Polens weilt, ein Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten Andrej Lewicki und dem Kriegsminister, General Salski, ausgebrochen sei. Andrej Lewicki habe demissioniert und beabsichtige, sich nach Prag zu begeben; General Salski aber habe sich zum Diktator der ukrainischen Republik ausgerufen. Nach der Wochenschrift „Ukrainiskij Golos“

habe General Salski den politischen polnischen Kreisen weitgehende Zugeständnisse gemacht,

die einen bedeutenden politischen Charakter tragen und Probleme berühren, die auf die Rolle Polens in Europa einen großen Einfluß haben können. Andrej Lewicki — so fügt Herr Bratin hinzu — hätte sich mit diesen Zugeständnissen nicht einverstanden erklären.

„Nach meinen Informationen“, so schreibt der Korrespondent der „Iswestja“ weiter, „vollzog sich der Umsturz unter dem Einfluß der „Obersten“, besonders der Herren Józefewski und Sławek, sowie der persönlichen Gegner Lewickis. Als Grund diente

die Ablehnung Lewickis, ein neues Abkommen mit Polen zu unterzeichnen,

wonach die ukrainische Volksrepublik freiwillig auf die früheren polnischen Städte Kamieniec, Proskurov und Starokonstantynow verzichtet. Wie es heißt, wollte Salski dieses Abkommen unterzeichnen. Der „Ukrainiskij Golos“, der auf polnischem Gebiet erscheint und den national-ukrainischen Kreisen nahestehst, stellt fest, daß zwischen der Polnischen und der Petljura-Regierung ein neues Abkommen über die Aufteilung der Sowjet-Ukraine auf Grund eines Übereinkommens abgeschlossen wurde, das zwischen Petljura und Petljura von 10 Jahren, am Vorlage des Mariges auf Kiew, zustande kam. Die Warnungen der Vertreter der polnischen Volkgemeinschaft, u. a. von Roman Dmowski, erwiesen sich als unfruchtbare. Zeitschriften die ukrainischen nationalistischen Kreise die Tatsachen heraus, die davon zeugen, daß die Abenteuerpolitik durch Polen nicht aufgegeben wurde.“

Auf Grund dieser Enthüllungen des Herrn Bratin stellen die Moskauer „Iswestja“ fest, daß die Enthüllungen des „Ukrainiskij Golos“ den Beweis liefern, wie weit die abenteuerlichen polnischen Kreise in ihren Kriegsvorbereitungen gegangen seien. „Wir wußten“, so heißt es in dem russischen Regierungsbogen, „wie Polen seine sich aus dem Rigaer Traktat ergebenden Verpflichtungen erfüllt; doch die Verhandlungen über fünfzige Teileungen, der Abschluß von Abkommen mit ukrainischen Emigranten sind für die polnischen Militaristen zweifellos ein neuer Schritt in ihrer Abenteuerpolitik.“

In einem Kommentar zu diesem Echo, daß die Enthüllungen des „Russkij Golos“ und die Enthüllungen des „Ukrainiskij Golos“ in der „Iswestja“ gesunden haben, stellt der Krakauer „Gaz“ fest, daß es an der ukrainischen Front noch andauernd unruhig ist. Das konservative polnische Blatt schreibt:

„Die große Unruhe, die wir in Fragen verspüren, die unsere realen Westgrenzen betreffen, sollte uns nicht gestatten, uns gegenüber der chronischen Gefahr zu verschließen, die sich deutlich vom Osten abhebt, wo der bolschewistische Imperialismus des Komintern der nationalistischen Irredenta unserer ukrainischen und weißrussischen Minderheiten die Pferde setzt. Es ist die Zeit gekommen, ausdrucksstark und deutlich zu fordern, daß die ukrainische Frage in den Vordergrund gerückt wird. Denn die Änderung der Grenzen Russlands könnte hente nur eine Diversion zugunsten Deutschlands und seiner Teilungsbestreben gegenüber Polen sein.“

Auch der Weißruss Miotka auf freiem Fuß.

Warschau, 17. Juni. Der in dem großen Prozeß gegen die weißrussische Komma wegen angeblich kommunistischer Agitation zu langjähriger Gefängnisstrafe verurteilte ehemalige weißrussische Abgeordnete Miotka ist jetzt aus dem Gefängnis in Bronie entlassen worden.

Deutsches Reich.

Beisezung des Gesandten von Valigand in München.

In München wurde die sterbliche Hülle des in Lissabon ermordeten deutschen Gesandten von Valigand in der Familiengruft beigesetzt. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes waren Reichsausländerminister Dr. Curtius und Staatssekretär von Schubert erschienen. Unter den Anwesenden bemerkte man weiter den portugiesischen Gesandten in Berlin, Dr. Da Costa Corral, den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, Frau Stresemann und den bayerischen Landeskommandanten Generalleutnant v. Leed.

Am offenen Grabe sprachen Dr. Curtius, Herr von Schubert und der portugiesische Gesandte.

Wehrwehrministerium und Ostfeldzug.

Im Reichswehrministerium ist man, wie „Der Deutsche“ erfährt, geneigt, einem schon häufiger gemachten Vorschlag näherzutreten und ihn zum erstenmal praktisch zu verwirklichen. Und zwar handelt es sich um die Unterbringung der in jedem Jahr ausscheidenden etwa 8000 bis 9000 Wehrmachtsangehörigen in Siedlern längs der polnischen Grenzen. Seither bekamen die ausscheidenden Wehrmachtsangehörigen eine Abfindungssumme von etwa 9000 Rmk. Häufig fielen sie gewissenlosen Elementen zum Opfer und verloren ihr Geld durch Spekulationen oder durch Beteiligung an gewagten Gründungen. Das Reichswehrministerium plant deshalb, besonders die nicht erbberechtigten Bauernsöhne im Osten anzusiedeln. Die Siedler sollen bereits während ihrer Militärdienstzeit vorbereitet und dann in geschlossenen Siedlungsgebieten sesshaft gemacht werden. Gleichzeitig plant man die Siedlungsmachung von Handwerkern, die aus dem ehemaligen Soldatenstande kommen.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

vor Zeitverlust und den Reisekosten nach Culmsee zu schützen, alle Gebühren an den Staatschaf auf die oben angegebene Kontonummer 38 340 einzuzahlen. ***

Culmsee (Chemka).

* Beim Baden ertrunken. In Pluslowenz (Pluslowez) ertrank beim Baden im Guteich der acht Jahre alte Rumiński. Obwohl der Knabe sofort aus dem Wasser gezogen werden konnte, blieben die angestellten Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

m. Dirchan (Tczew), 19. Juni. Ein Schmuggler angeschossen. In der letzten Nacht wurde auf der Freistadtgrenze unweit des Rangierbahnhofs Liebenhof ein Schmuggler von polnischen Grenzbeamten angeschossen. Es ist dieser ein gewisser Nugay aus Telen, Kreis Mewe. Der Schmuggler ging in Begleitung zweier anderer Gefährten, beladen mit Schmugglerware, an der Grenze entlang und die drei gelangten in die Nähe der Grenzwache. Bei Anblick der Beamten ergriffen die Schmuggler die Flucht, wobei der eine angeschossen wurde. Die anderen beiden entkamen. Zu den zurückgelassenen Säcken wurden ca. 8000 Schachteln Streichholzer inländischen Fabrikats vorgefunden. Der Verleger wurde mit einem Notverbande versehen ins hierige Vinzenzfrankenhaus eingeliefert. — Vom Wochenmarkt. Auf dem gestrigen Wochenmarkt waren die Preise für Butter und Eier ein wenig gestiegen. Butter kostete 1,90—2,30 das Pfund, Eier die Mandel 2,40—2,80. Fleisch- und Wurstpreise waren unverändert. Auf dem Gemüsemarkt waren bereits frische Kartoffeln und Gartenerdbeeren. Erstere kosteten 0,70—0,80, letztere 2,50 pro Pfund. Man zahlte für frische Zwiebeln 0,20—0,30, Salat 0,05—0,10, Radieschen 0,15, Spinat 0,20, Gurken pro Stück 1,30, Spargel Pfund 1,00—1,30, Mohrrüben Pfund 0,30—0,40, Kohlrabi 0,30—0,40. — Am 20. Juni findet in dem hiesigen Stadtbezirk eine Rattenvertilgung statt, welche laut Verordnung streng innegehalten werden muss.

* Kartaus (Kartuzy), 18. Juni. Stürmische Stadtverordnetensitzung. Die letzte Sitzung der Stadtverordneten nahm, wie das „Pomm. Tagebl.“ berichtet, einen stürmischen Verlauf und verfiel einem schlimmen Ende. Bei den Stadtverordnetenwahlen im vorigen Herbst wurde auf einer vereinigten Bürger- und Handwerkerliste der damalige Direktor der Kreissparkasse von Uniski gewählt. Aus ganz geringfügigen Ursachen wurde die Wahl vom Wahlvorstand gestrichen und der Korbümmermeister Bonifacj einberufen und auch eingeführt. Der zurückgewiesene erhob Klage, erstritt ein obsiegendes Urteil, die Stadt wurde zu den Kosten verurteilt und das Objekt des Streites auf 1000 Złoty festgesetzt. Der Wojewod ordnete nun die Einführung des Stadtverordneten von Uniski an. Bei der letzten Sitzung erschienen nun statt 18 Stadtverordnete 19. Der Bürgermeister ersuchte nun den Stadtverordnetenvorsteher, den B. aufzufordern, sich vom Tisch zu entfernen, da Herr von Uniski jetzt sein Amt antrete. Der Vorsteher weigerte sich jedoch, dieser Aufforderung nachzukommen, was zu sehr erregten Debatten Anlass gab. Die Versammlung wurde geschlossen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung werden in einer nächsten Sitzung erledigt werden. Man glaubt hier, daß es zur Auflösung der Stadtverordnetenversammlung kommen wird und daß Neuwahlen ausgeschrieben werden.

h. Gorzano (Górzno), 17. Juni. Am letzten Donnerstagabend brach ein Feuer auf dem Gehöft des Landwirts Kolik in Abbau Gorzano (Górzno wybudowanie) aus. Niedergebrannt sind eine Scheune und ein Stall. Alle landwirtschaftlichen Maschinen wurden vernichtet. In den Flammen kamen ein Pferd, 6 Kühe und eine Sterke um. Auf der Brandstelle waren zwei Feuerwehren tätig. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt. Der Brandausfall ist bedeutend.

f. Lessen (Lasin), 16. Juni. Die diesjährige Einsegnung der Konfirmanden fand gestern im festlich geschmückten Gotteshaus statt. Es war nur ein kleines Häuflein der vor Jahren üblichen Schar, 11 Mädchen und 6 Knaben. Die eindrucksvolle Feier wurde durch ein Sololet von Fräulein Wanda Grill: „Mache mich selig o Jesu“ und den Kirchenchor verhindert.

h. Löbau (Lubawa), 19. Junt. Beim Baden ertrunken. Im Dorfsee Mrzezno ertrank in diesen Tagen beim Baden der 21 Jahre alte Anastasius Iwaski aus Boleschin (Boleszyn). Die Leiche konnte bald geborgen werden. — Die Familie Kaminski in Neu Grodzicno befand sich auf der Wiese beim Torfstechen. Der 8 Jahre alte Sohn, den sie mitgenommen hatten, hatte sich unbemerkt entfernt, war in einen Torsgraben gefallen und ertrunken. Als man sein Fehlen bemerkte, war es zu spät. Die Leiche konnte geborgen werden. — In Grodzicno trug sich beim Besitzer Ruciński ein schweres Unglück zu. Dort nahm man einen alten Wasserradbrunnen auseinander. Sechs Elementtröhren waren bereits aus der Erde geschafft. Als man die siebente Röhre herausbringen wollte, ließ sich der 26 Jahre alte Brunnenbauer Jozef Gorzyński aus Rohrfeld (Trzecin) in die Tiefe, um die Röhre an ein Drahtseil anzuhaken. Möglicher lockerten sich die Erdmassen und verschütteten den Unglückslichen im Brunnenloch. Trotz größter Anstrengungen konnte der Unglücksliche erst nach mehreren Stunden freigemacht werden, war aber schon tot. — Die Tischlerfrau Sternicka in Ryboń beschloß, sich das Leben zu nehmen. Hierzu mache sie sich ein Küchenmesser scharf, ging damit in ein Roggenfeld und versuchte sich damit die Pulsader an der linken Hand zu durchschneiden. Nur durch die Geistesgegenwart ihres Mannes, der ihr nachgeileit war, wurde das Unglück verhindert. Finanzielle Schwierigkeiten sollen der Grund zu der Tat gewesen sein.

— y. Malki (Malki), Kreis Strassburg, 18. Juni. In der vergangenen Nacht wurden dem Besitzer A. Thom von hier aus verschlossenem Stalle 10 Stück Hühner gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

c. Münsterwalde (Opalenie), 17. Juni. Auf seiner Inspektions- und Firmungsreise durch den Kreis Mewe besuchte am Montag der Bischof von Culm Dr. Okoniewski auch unsern Ort. Schon tagelang vorher waren die Gemeindemitglieder bemüht, durch reichlichen Schmuck der Kirche und des Ortes selbst ihren Oberhirten bei seinem Einzuge zu empfangen. Zur festgesetzten Stunde erschien im Amtsraum des Bischofs mit Gefolge vor der kleinen Empfangshalle auf dem Marktplatz, wo er mit einem Gedicht unter Überreichung eines Blumenstrandes durch ein kleines Schulmädchen begrüßt wurde. Hierauf hielt der Amtsversteher eine längere Begrüßungsansprache. Nachdem der Herr Bischof in herzlichen Worten für den so freundlichen Will-

Achtung!

Sparsame Hausfrauen!

Die Papierumhüllung sowie Stück-Größe der

Reger-Seife

wird täuschend ähnlich nachgeahmt. Es ist dies die beste Reklame für die seit dem Jahre 1858 bekannte knochenharte, in der Qualität unerreichte Reger-Seife.

Es wird dringend vor Ankauf dieser minderwertigen Nachahmungen gewarnt.

x. Tempelburg (Sepolino), 18. Juni. Am Sonntag Trinitatis fand in der hiesigen schön geschmückten evangelischen Kirche durch den Ortsgeistlichen Pfarrer Müller die Einsegnung der diesjährigen Konfirmanden — 21 Knaben und 14 Mädchen — statt. Verhönt wurde die Feier durch Gesangsvorträge des hiesigen Kirchenchores.

60 Unteroffiziere protestieren gegen „deutsche Gelüste“.

Am 4. d. M. fand dem „Slowo Pomorskie“ zufolge im Katholischen Hause in Straßburg (Pommern) eine Monatsversammlung des Vereins Straßburg des Verbundes der Reserveunteroffiziere der Republik unter Beteiligung von 60 Mitgliedern statt, in der folgende Entschließung angenommen wurde:

„In Anbetracht der andauernden Gelüste Deutschlands auf die Westgebiete der Republik Polen und im besonderen auf das polnische Pommern, mit dem Ziel, Pommern von der Republik Polen abzutrennen und dadurch Polen den Zugang zum Meer zu nehmen, was durch den Willen einer bewaffneten Aktion, im besonderen durch den letzten bewaffneten Überfall auf Offiziere der Grenzwache bei Neuhöfen (!!) in die Erscheinung tritt, legt der Verein Straßburg des allgemeinen Verbandes der Reserveunteroffiziere der Republik Polen einen feierlichen und energischen Protest ein und appelliert an die maßgebenden Faktoren, gegen ähnliche deutsche Gelüste und Überfälle entschieden aufzutreten, wobei der Verein seinerseits erklärt, daß der Feind uns (die polnischen Reserveunteroffiziere — D. Red.) auf den Ruf des Vaterlandes jeden Augenblick zu seiner Verteidigung bereit finden wird. Wir werden nie und nimmer eine Verringerung der Grenzen der Republik Polen zulassen und sind bereit, zu ihrer Verteidigung Blut und Leben hinzugeben. Wir betonen, daß der Feind diese Grenzen nur über unsere Leichen hinweg überschreiten könnte.“

Neuhöfen liegt nicht im „polnischen Pommern“ und die polnischen Offiziere hatten auf deutschem Gebiet, bewaffnet, Spionage getrieben. Das wird auch von polnischer Seite nicht bestritten. Wenn die polnischen Offiziere bei dieser Tat verhaftet und auch beschossen würden, kann man dann von einer „bewaffneten Aktion“ gegen Pommernphantasieren?“

Traktate sind nicht ewig.

Krakau, 16. Juni. Die Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi benutzte ein Vertreter des „Illustrowan Kurjer Codzienny“, um sich an den italienischen Gast mit der Bitte zu wenden, ihm eine Unterredung zu gewähren. Herr Grandi kam diesem Wunsche gern nach und schilderte zunächst seine Eindrücke, die er in Polen gewonnen hatte. Auf das Gebiet der internationalen Politik wollte er nicht näher eingehen; er berief sich auf die drei Reden, die er kürzlich in der Deputiertenkammer und im Senat gehalten hatte. Darin seien seine Ansichten über die politische Entwicklung der nächsten Zukunft enthalten. Auf die Bemerkung des Korrespondenten, daß er diese Reden genau kenne, erwiderte der italienische Außenminister, daß in der Auslands presse die Reden in vielen Punkten verunstaltet seien. „Es wäre z. B. nicht nötig gewesen, so viel Raum wegen meiner Äußerung zu machen, daß die Traktate nicht ewig sind, hätte man den zweiten Teil dieses von mir ausgesprochenen Satzes nicht verschwiegen. Ich sagte: „Die Traktate sind nicht ewig“. Kennen Sie (an den Korrespondenten gewandt) irgend ein Traktat, das ewig gedauert hat? Können Sie mir ein Abkommen zeigen, das die ganze Geschichte überdauert hätte? Nein! Die Traktate sind nicht ewig, aber fuhr ich fort, es ist nötig, daß sie von Dauer wären.“

Das Gespräch wandelte sich in französischer Sprache ab. Der Satz des Ministers lautete: „Les traités ne sont pas éternels mais il faut qu'ils soient durables“. Aus diesem Nachsatz schließt der „Illustrowan Kurjer Codzienny“, daß Minister Grandi damit die „Unwahrheiten“ der deutschen revisionistischen Propaganda richtiggestellt habe. Wir haben weder von solchen „Unwahrheiten“, noch von solcher „Propaganda“ etwas gehört.

Neue Erschließungen in Indochina.

Paris, 17. Juni. Gestern sind in Yen Bay in Indochina wiederum 13 Eingeborene von 89 zum Tode Verurteilten hingerichtet worden, darunter der Gründer und Führer der Unabhängigkeitspartei, der 30jährige Thao-Hoc, ein junger Advokat, der in Frankreich studiert hat. Die Proteste der Kammer gegen das blutige Regime in Saigon scheinen auf das Kolonialministerium noch nicht genügend gewirkt zu haben.

Vor seinem Tode hat Thao-Hoc aus dem Gefängnis an das Parlament in Paris ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Verantwortung für den Aufstand auf sich nimmt und für das Leben seiner übrigen mitverhafteten Landsleute bittet. Das Schreiben ist eine in mahvollem Form gehaltene eindringliche Anklage gegen die Regierungsmethoden der Franzosen und gegen ihre Weigerung, der eingeborenen Bevölkerung die Mitarbeit an den Geschicken ihres Landes einzuräumen.

Drei Araber hingerichtet.

Jerusalem, 17. Juni. Drei im Zusammenhang mit den Unruhen in Hebron zum Tode verurteilte Araber wurden heute vormittag in Akko durch den Strang hingerichtet. Die Juden haben Akko verlassen. Englische Truppen sperren die Stadt ab. Der arabischen Bevölkerung Palästinas hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Alle hebräischen Inschriften an der Alagemauer wurden von Arabern zerstört.

Giftgase im Kaukasus.

Moskau, 19. Juni. Der Aufstand der Bergstämme im Kaukasus nimmt einen immer drohenderen Umfang an. Die Sowjetbehörden entsenden gegen die Aufständischen immer mehr Truppen und Flugzeuge. Unlängst kam es zu einem blutigen Kampf in den Bergen, in dessen Verlauf sowjetrussische Flugzeuge das Versteck der Aufständischen bombardierten. Eine große Rolle spielten dabei Gift- und Tränengase. Mehr als 1000 Aufständische sollen bei dieser Aktion getötet worden sein.

Wirtschaftliche Rundschau.

Förderung des polnischen Flachsexports.

Durch eine Verordnung des Finanzministers, des Ministers für Handel und Industrie, und des Agrarministers vom 12. April 1930 wurde das durch die Polnische Regierung in weitgehendstem Umfang angewandte System der Rückversorgung von Säcken beim Export bestimmter Waren auf die Ausfuhr von Flachs und Berg ausgebaut. Während bei der Mehrzahl der Fälle dieses Systems den Import beliebiger Waren gestattet, wird bei dem Flachsexport die Rückversorgung von Säcken nur bei der Einfuhr von Einrichtungen, die zur Flachsproduktion dienen, in erster Linie von Maschinen, angestanden. Es wird also mit dieser Verordnung, die am 1. Juni 1930 in Kraft getreten ist, nicht nur die quantitative Steigerung der Ausfuhr und der Produktion, sondern auch die qualitative Hebung der Flachsverarbeitung und des Flachsexports bewirkt. Die Rückversorgung von Säcken beträgt für 100 kg. ausgeförderten Flachs 10 Zloty, für 100 kg. ausgeförderten Berg 5 Zloty. Die Zollstationen stellen auf Grund der Bescheinigung des Ministers für Handel und Industrie Ausfuhrchein aus, die auf den Inhaber laufen und deren Gültigkeit sich auf 9 Monate erstreckt.

Der Schwerpunkt der europäischen Flachswirtschaft lag vor dem Kriege im europäischen Russland, das mit seinen Überflüssen den überwiegenden Teil des europäischen Bedarfs deckte. Königsberg und Riga waren die Hauptstapelpunkte für den russischen Flachs. Polen nahm an dieser Versorgung der europäischen Märkte einen regen Anteil. Der Export Polens vor dem Kriege lässt sich leider ziffermäßig nicht feststellen. Im Jahre 1913 wurden 268 000 t. Flachs aus Russland ausgeführt, davon 25 Prozent auf die Randsäulen, darunter Polen, fielen. Nach dem Kriege verlor sich das Bild wesentlich zu ungünstigen Polens. Während nach den Angaben des Landwirtschaftsinstituts in Rom Polen in bezug auf die Produktion und die Größe der mit Flachs bebauten Fläche die zweite Stelle in Europa einnimmt, tritt seine Ausfuhr insbesondere hinter dem Export Lettlands und Russlands stark zurück. Im Jahre 1929/30 bezeichnete sich die angebaute Fläche der Flachs produzierenden Länder Europas wie folgt: Russland 1 470 000 Hektar, Polen 114 000, Litauen 88 000, Lettland 56 000, Frankreich 35 000, Estland 32 000, Belgien 27 000 Hektar.

Diese Verschiebung in der Flachsproduktion zugunsten Lettlands und Litauens wurde in erster Linie dadurch möglich, dass die anderen Staaten nach der Erlangung der politischen Unabhängigkeit zur Standardisierung der Flachsproduktion übergingen, während Polen der Hebung der Qualität des ausgesuchten Flachs wenig Beachtung schenkte. Nachteilig für den polnischen Export zugunsten der anderen ehemals russischen Gebietsteile wirkte das Zusammengehen Lettlands und Russlands, die im Jahre 1927 ein gemeinsames Exportkonsortium mit dem Sitz in Riga gründeten. Obwohl der Zweck, den die beiden Staaten mit der Gründung verfolgten, nämlich die Regelung und Standardisierung der Preise auf hohem Niveau durch das Dumping der Russen, die zum Zweck der Devisenbeschaffung große Mengen Flachs auf die europäischen Märkte warfen, und hierdurch größere Preisstürze verursachten, illusorisch gemacht wurde, konnte Polen seine frühere Machtstellung in der Flachsproduktion nicht wieder erlangen. Durch die Schleuderkonkurrenz Russlands wurde die Produktion Polens stark in Mitleidenschaft gezogen.

Der allgemeine Rückgang der Konjunktur, die Erweiterung der eigenen Produktion der meisten europäischen Länder, das Aufkommen der billigeren Kunstsieden hatten ein großes Angebot, dem eine sinkende Nachfrage gegenüberstand, zur Folge. Die hierdurch hervorgerufenen anhaltenden Preisabsenkungen auf den europäischen Märkten konnten auf Polen nicht ohne Einfluss bleiben. Außerdem aber trugen die besonderen Verhältnisse dieses Wirtschaftszweiges in Polen selbst nicht unwesentlich zur Verschlechterung der Lage bei.

Die Erzeugung ist in Polen vormiegend im Wilnaer Gebiet konzentriert, die dortige Anbaufläche bezieht sich auf ca. 80 000 Hektar. Während der Anbau im Nordosten Polens intensiv und zum größten Teil manuell erfolgt, überwiegt im südwestlichen Teil die intensive Anbauweise und die Weiterverarbeitung wird hier vorzugsweise mechanisch bewerkstelligt. Der Ertrag im Nordosten beträgt durchschnittlich 2,9 Dtt. pro Hektar, im polnischen Gebiet 8–9 Dtt. pro Hektar. Der Mangel an Arbeitskräften, an Flachsrauhen und Spinnereien mit maschinellem Betrieb wirkt sich für die Rentabilität der Flachsproduktion in Polen besonders nachteilig aus. Die Ausfuhr des Flachs in unzureichendem Maße und die schlechte Qualität des exportierten Flachs beeinträchtigen den Ruf dieser Ware im Auslande, so dass in den letzten Jahren der polnische Flachs sehr oft nur unter falscher Flagge, als lettischer oder russischer Flachs, auf den Auslandsmärkten Abzug finden konnte, und meist billiger als der Flachs anderer Staaten veräußert werden musste. Die Durchführung der Standardisierung scheiterte bisher an dem Kapitalmangel der meisten Flachsproduzenten.

Die von der Regierung durch Unterstützungs gelder und Kreditgewährung verfügte Belebung der Flachswirtschaft und Flachsbearbeitung hat die Lage der Flachswirtschaft bisher nicht erheblich verbessern können. Mit Unterstützung der Agrarbank wurde die "Gesellschaft für Flachseisenzeugen" in Wilna im Jahre 1927 gegründet. Zugleich wurden von der Bank 200 000 Zloty zwecks Einrichtung einer Versuchsstation zur Verfügung gestellt. Außerdem gewährte die Bank verschiedenen Handelsunternehmungen langfristige Kredite in Höhe von 4 Millionen Zloty. Die Agrarbank versucht also mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Flachswirtschaft zu heben. Eine Orientierung über den gegenwärtigen Stand der Flachswirtschaft durch die Agrarbank auf den 12. Februar 1930 einberufene Konferenz der maßgebenden Kreise in Wilna musste demnach feststellen, dass die Lage der Flachswirtschaft sich weiter verschlechtert hatte.

Die Lage der polnischen Flachswirtschaft hängt nicht nur ganz wesentlich von der jeweiligen europäischen Konjunktur ab. Die Polnische Regierung muss, um die Flachswirtschaft rentabel zu machen, weit großzügigere Maßnahmen durchführen als bisher. Es ist notwendig, Musterwirtschaften zur Intensivierung des Anbaues zu errichten, die Warenstandardisierung gezielt durchzuführen. Durch Kredite für die Exporteure, Präzisierung des Exports, und eine entsprechende Zoll- und Tarifpolitik wird dieser Wirtschaftszweig erst soweit gefördert werden können, dass er sich in absehbarer Zeit den gehörenden Platz auf den internationalen Märkten verschafft.

Gründung eines Butterinstituts in Gdingen. Der polnische Industrie- und Handelsminister hat mit der Firma "Antoni Malczewski" einen Vertrag über die Errichtung eines Butterinstituts in Gdingen abgeschlossen. Das Institut hat zur Aufgabe, die für den Export bestimmte Butter den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend zu bearbeiten. Es soll dadurch erreicht werden, dass im Auslande bisher weniger geschätzte polnische Butter auf den Märkten mehr Anklang und größeres Interesse findet und dadurch eine Belebung des Butterexports eintritt. Diese Aufgabe darf durch die bereits erfolgte Errichtung des Gdingener Kühlhauses wesentlich erleichtert werden. Mit dem Butterexport nach England, dem größten Abzugsmarkt Polens, wird sich die Britisch-Polnische Schiffahrtsgesellschaft befassen, die in diesen Tagen bereits 45 Tonnen nach London verschiff hat.

Allgemeines polnisches Papierkartell. Die Vorarbeiten zur Bildung eines allgemeinen polnischen Papierkartells werden, polnischen Pressemeldungen aufgabe, fortgesetzt. Die Meinungsverschiedenheiten über die Festsetzung der Kontingente verlieren allmählich an Schärfe. Heute kann die Frage allerdings noch nicht beantwortet werden, wann das Kartell in Kraft treten wird. Man nimmt aber an, dass die Gründung zu Beginn des nächsten Jahres anzustande kommen wird.

Die Einlagen bei der polnischen Postsparkasse. Im 1. Quartal 1930 hat die polnische Postsparkasse über 50 000 neue Späne gewonnen, was im Verhältnis zum 1. Quartal 1929 eine Zunahme von 30 000 bedeutet. Die Spareinlagen aller Typen vermehrten sich um 27,4 Millionen Zloty auf 201 225 192 Zloty. Die Zahl der Sparbücher belief sich Ende März auf 186 179 Stück. Die Scheidumsätze bezeichneten sich in dem Vergleichszeitraum auf rund 5,6 und 6 Milliarden Zloty. Im bargeldlosen Überweisungsverkehr wurden im 1. Quartal 1930 8,7 Milliarden umgesetzt, d. i. 63 Prozent des Scheidumsatzes. Die Zahl der Teilnehmer am Scheidverkehr erhöhte sich in dieser Zeit von 62 430 auf 64 888, d. i. eine Zunahme von 2449. Der April weist eine weitere Steigerung auf. Die Zahl der Sparbücher erhöhte sich um 12 476. Die Spareinlagen erreichten die Summe von 205 514 845 Zloty, was einer Steigerung um 7 703 837 Zloty gleichkommt.

Zutrittsrechte der neuen polnischen Holzverbandtarife schon am 1. Juli 1930? Das polnische Verkehrsministerium beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab, die erhöhten polnisch-deutschen und polnisch-tschechischen Verbandtarife für die Holzversorgung in

Kraft treten zu lassen. Diese Nachricht hat in den polnischen Holzexportkreisen eine Welle der Entrüstung ausgelöst, da die neue Belastung durch die erhöhten Transportkosten nicht ohne ungünstigen Einfluss auf die zukünftige Ausfuhrgestaltung für Holz bleiben dürfte. Der Generalrat der polnischen Holzverbande hat wiederholte Schritte eingeleitet, um das Inkrafttreten der neuen Verbandtarife zumindestens zu vertagen, wenn nicht gänzlich zu befeißen. Die polnischen Interessen bezeichnen die Tarifpolitik des polnischen Verkehrsministeriums infolge als unverständlich, als die anderen Ministerien Polens bemüht wären, durch Gewährung verschiedener Vergünstigungen, die polnische Holzausfuhr zu heben. Anscheinend um die bessere Sache zu verhindern, bat das polnische Verkehrsministerium fast gleichzeitig die Transporttarife auf den Wasserwegen ab 1. Juni 1930 ermäßigt. Diese Transportermäßigung ist aber infolge der wenigen ausgebauten Wasserstraßen Polens von untergeordneter Bedeutung.

Die Lage der polnischen Holzverarbeitungsindustrie. Die trockene Destillation von Laubholz zeigt in Polen eine schwache Entwicklung. Der Terpeninindustrie geht es nicht besser. Sie hilft sich mit Rücksicht auf ihre größere Konzentration damit, dass sie mehr ausländisches Kapital heranziehen möchte. Die kleineren Unternehmen jedoch müssen ihren Betrieb größtmöglich einstellen.

Das Ergebnis der polnischen Baumwollanbau. Die am 1. Juni d. J. zur Belebung aufgelegte Baumwollanbau wurde in einigen Tagen dreifach übersteigert. Mit Rücksicht auf den unerwarteten günstigen Erfolg, sowie in Anbetracht des kolossalen Baubedarfs Polens wird die Frage einer weiteren Emission in Erwägung gezogen. Die Auswirkungen dieser Anleihe für die polnische Baumwollindustrie werden auch den Holzhandel in Polen beladen und möglicherweise zu einer Entspannung der Lage der polnischen Holzwirtschaft etwas beitragen.

Der Generalrat der polnischen Holzverbande fordert Gleichberechtigung des privaten Holzhandels bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Der Generalrat der polnischen Holzverbande hat in einem seiner letzten Berichte zur Frage der Holzlieferungen an die öffentliche Hand folgende Stellung genommen: "In der jetzigen Zeit der schwierigen Finanz- und Absatzverhältnisse der polnischen Holzwirtschaft haben die Lieferungen an die öffentliche Hand besondere Bedeutung gewonnen. Leider hat der größte Holzverbraucher, und zwar die polnische Staatsseidenbahn, ebenfalls unter den finanziellen Schwierigkeiten zu leiden und konnte aus diesem Grunde ihre Investitionspläne nicht vollständig ausführen. Selbst die ihr vom Finanzministerium in Höhe von 10 Millionen Zloty gewährte Anleihe konnte keine wesentliche Entspannung der Lage herbeiführen. In voller Begründung dieser Tatsachen muss jedoch der Generalrat der polnischen Holzverbande hervorheben, dass der private Holzhandel Polens bei den Regierungsaufträgen in derselben Weise behandelt werden muss, wie die staatliche Forstverwaltung, welche leider bestrebt ist, eine Monopolstellung bei den Holzlieferungen für sich zu erobern. Die öffentliche Hand muss in Anerkennung der schwierigen Lage des privaten Holzhandels zu der Einsicht gelangen, dass die Verteilung der Aufträge auf partizipativer Basis erfolgen muss. Auch muss die öffentliche Hand in Erwägung ziehen, dass nicht nur die Vergütungen eingehalten werden müssen, sondern vielmehr bei den Bestellungen größere Bevorzugungen zu erfolgen haben, um dadurch dem polnischen Holzhandel über die schwere Zeit hinwegzuholen.

Polnische Ausfuhr nach Italien? Die italienische Bilderrahmenindustrie umfasst 18 Fabriken mit 2500 Arbeitern. Trotz der verhältnismäßig geringen Arbeitszahl werden jährlich für etwa 10 Millionen lire Bilderrahmen ausgeführt. Was das Rohmaterial betrifft, wird dasselbe hauptsächlich aus Amerika eingeführt. Gegenwärtig hat der polnische Holzhandel Schritte eingeleitet, um den Bedarf der italienischen Bilderrahmenindustrie durch polnische Erlenbreiter zu decken. Vorläufig kann es nur zu Probelaiefungen, die jedoch auf höhere Transaktionen schließen lassen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfassung im "Monitor Polak" für den 20. Juni auf 5,224 Zloty festgelegt.

Der Zloty am 18. Juni. Danzig: Überweisung 57,64–57,78, Berlin: Überweisung 46,875–47,075, London: Überweisung 43,33, New York: Überweisung 11,23, Prag: Überweisung 377,00, Zürich: Überweisung 57,85.

Warschauer Börse vom 18. Juni. Umläufe, Verkauf: Rau, Belcian —, Belgrad —, Budapest —, Gufarej —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,70, 359,60 — 357,80, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,34%, 43,45 — 43,23%, New York 8,911, 8,931 — 8,881, Oslo —, Paris 35,01, 35,10 — 34,92, Prag 28,45%, 28,52 — 28,39, Riga —, Stockholm —, Schweiz 172,77, 173,20 — 172,34, Wien 125,90, 126,21 — 125,59, Italien 46,73, 46,85 — 46,61.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 18. Juni. In Danziger Gulden wurden notiert: London —, Gd. —, Br. Newport —, Gd. —, Br. Berlin —, Gd. —, Br. Warschau 57,65 Gd. 57,81 Br. Noten: London 25,00%, Gd. 25,00%, Br. Berlin —, Gd. —, Br. Newport —, Gd. —, Br. Holland —, Gd. —, Br. Zürich —, Gd. —, Br. Paris —, Gd. —, Br. Brüssel —, Gd. —, Br. Helsingfors —, Gd. —, Br. Kopenhagen —, Gd. —, Br. Stockholm —, Gd. —, Br. Oslo —, Gd. —, Br. Warschau 57,64 Gd. 57,78 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle Notierungen	Für drahtlose Auszählung in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
		18. Juni	Brief	17. Juni	Brief
4,5%	1 Amerika	4 1835	4 1965	4 1875	4 1955
5%	1 England	20 347	20 387	20 342	20 382
4%	100 Holland	168,33	183,67	168,40	188,74
—	1 Argentinien	1.548	1.553	1.540	1.544
5%	100 Norwegen	112,07	112,29	112,04	112,26
5%	100 Dänemark	112,05	112,27	112,05	112,27
—	100 Island	91,94	92,12	91,91	92,09
4,5%	100 Schweden	112,43	112,65	112,44	112,66
3,5%	100 Belgien	53,395	53,515	53,39	58,51
7%	100 Italien	21,935	21,975	21,926	21,965
3%	100 Frankreich	16,43	16,47	16,43	16,47
3,5%	100 Schweiz	81,07	81,23	81,095	81,255
5,5%	100 Spanien	49,25	49,35	48,05	48,15
—	1 Brasilien	0,470	0,472	0,469	0,471
5,48%	1 Japan	2 070	2 074	2 070	2 075
—	1 Kanada	4,186	4,194	4,188	4,198
—	1 Uruguay	3,643	3,654	3,655	3,664
5%	100 Tschechoslowak.	12,42	12,44	12,419	12,439
7%	100 Finnland	10,54	10,56	10,542	10,561
—	100 Estland	111,43	111,65	111,41	111,63
—	100 Lettland	80,72	80,83	80,72	80,83
8%	100 Portugal	18,81	18,85	18,81	18,85
10%	100 Bulgarien	3,035	3,041	3,035	3,041
6%	100 Jugoslawien	7,401	7,415	7,398	7,412
7%	100 Österreich	53,09	53,21	53,10	53,22
7,5%	100 Ungarn	73,235	73,375	73,215	73,355
6%	100 Danzig	81,37	81,53	81,34	81,50
9%	100 Griechenland	5,425	5,435	5,425	5,435
—	1 Rairo	20,86	20,90	20,86	20,90
9%	100 Rumänien	2,490	2,494	2,490	2,494
—	1 Warschau	46,85	47,05	46,8	

Der Bruder des Mikado in Europa.

Politische Hochzeitsreise nach London.
In Erwartung eines Thronfolgers.

London, 13. Juni.

Als am 14. Februar dieses Jahres vor den Toren von Tokio 21 Kanonen ihre Stimmen erklingen ließen, da waren diese Schüsse das Zeichen des Aufstands für die langwierige und japanisch-komplizierte Trauungszeremonie zweier Prinzenkinder. Der Kaiserbruder Nohuhito Takamatsu heiratete die niedliche Kikuko Tokugawa aus der Shogun-Dynastie.

Das Echo dieser 21 Kanonenschüsse ist längst verklungen. Ganz Japan hat sich nach den Festtagen schon längst wieder der ernsten Arbeit zugewandt. Und wenn man jetzt von dem Prinzen Takamatsu und seiner Frau Kikuko behauptet, die jetzt auf ihrer Hochzeitsreise nach Europa kommen, daß sie eine Vergnügungsreise unternähmen, dann ist das ein Irrtum. Das Vergnügen auf Reisen hört auf, wenn man von einem Präsidentenempfang zum anderen wandern muß.

Die Hochzeitsreise des Prinzen Takamatsu hat einen interessanten politischen Hintergrund, von dem noch die Rede sein wird. Seit die beiden in Marseille das europäische Land betraten, um fogleich von Ministern und Botschaftsräten in Empfang genommen zu werden, hat für sie eine Art Leidenszeit angefangen.

Hier in London harren ihrer genau so viele Festlichkeiten, wie die feierlichen Japaner dem Herzog von Gloucester, dem dritten Sohne des englischen Königs, hervorruften, als er vor vielen Monaten dem Mikado in Tokio seine Aufwartung machte. Der Britische Hof hat ein ganz besonderes Ceremoniell für die so unschönen Japaner vorbereitet, die genau so aussehen, wie die vielen anderen Japaner, die man auch nie in ihrem Alter unterscheiden kann, die alle gleich würdig und ewig lächelnd der Welt begegnen — mögen sie nun Straßenbahnhaffner in Tokio sein oder Prinzen auf dem Wege nach London.

Der Besuch in London ist also gewissermaßen eine Gegenvisite, wobei nur die Tatsache bemerkenswert bleibt, daß die Gegenvisite von dem Bruder des Kaisers von Japan gemacht wird. Auch daß seine Gattin mitkommt, ist ein bemerkenswertes Küriosum. Kikuko stammt nämlich aus der Shogun-Dynastie, die mit dem jüngeren Herrscherhause verfeindet war. Durch den Zusammenschluß der beiden Dynastien war es Japan jetzt zum ersten Mal möglich, in der Innenpolitik einigermaßen günstige Prognosen zu stellen. Erst durch diese Heirat wurde zum ersten Mal seit 800 Jahren der wirkliche Frieden zwischen dem Mikado und seinem Reichsoberfeldherrn hergestellt.

Während aber der Kampf vor acht Jahrhunderten mehr unterirdisch vor sich ging, immer in dem Bestreben, der Gegenpartei etwas von dem Einfluß auf die Regierung abzuringen, wurde die Affäre erst, als um 1600 der Shogun Toyotomi dem Lande eine Verfassung gab, durch die die Macht des Mikado aus einer wirklichen in eine scheinbare umgewandelt wurde. Dieser Verfassungstreue hatte für die Mikados die Folge, daß sie erst unter Mutsuhito im Jahre 1867 wieder in den Vollbesitz ihrer Macht kamen.

Jetzt erleben wir das Wunder; die kleine Kikuko Tokugawa ist eine Enkelin des letzten Shogun, der in dem Gedanken starb, daß diese Enkelin die Idee des Kampfes gegen die Mikados am Leben erhalten werde. Da man aber in Dynastenhäusern der ganzen Welt heutzutage ein sieht, daß es fruchtbarer ist, zu heiraten als zu kämpfen, hat sich auch das Prinzenpaar aus dem Hause der Shogunen entschlossen, den gemütlicheren Weg zur Macht zu wählen.

Sie hat die besten Aussichten, durch ihre Heirat mit Takamatsu sich selbst, oder wenigstens einen ihrer Nachkommen auf dem Throne von Japan zu sehen. Die lebige Kaiserin hat nämlich das unendliche Pech, ihrem Gatten dauernd Töchter zu gebären, die zwar auch in aller Höflichkeit quittiert werden, die aber keineswegs die direkte Thronfolge sichern. Kaiser Hirohito hat seinen Götttern gesprochen, er hat die Priester bitten lassen, während die Gattin im Schloß Givoda der Niederkunft entgegenahm. Und es war doch immer wieder ein Töchterchen. Die japanischen Bauberen behaupten, daß der andere Bruder des Kaisers Chichibu das Unheil herausbeschworen habe, weil er eine unstandesgemäße Ehe mit der Tochter des ehemaligen japanischen Gesandten in London und Washington, Tsuneo Matsudaira, einging.

Dadurch ist nun Takamatsu, der Bruder des Kaisers, in die Situation gekommen, dem Lande den erhofftesten Thronfolger zu beschaffen. Vielleicht wird er sogar selbst auf den Kaiserthron steigen, wenn der Mikado eines Tages tot ist. Er ist da genau in der gleichen Lage, wie der älteste Bruder des Prinzen von Wales, der nach dem Ableben dieses englischen Thronfolgers für die Besetzung in Gestalt eines Sohnes zu sorgen hat, sofern nicht bis dahin der Prinz von Wales von seinem Ideal der Ehelosigkeit abgegangen ist und selbst einen Sohn besitzt.

Weder in Japan, noch in England ist man optimistisch genug, auf solche natürliche Lösungen der Thronfolgerfrage zu hoffen. Wenn also Takamatsu jetzt durch Europa reist und nach seinem Pariser Aufenthalt auch in London seine Aufwartung macht, so ist es vielleicht der einzige Kaiser von Japan, der England einen Besuch abstattet. Es ist die vereinte Haussmacht des Mikado und der Shogun, die in der Welt umherfährt, um mit der internationalen Diplomatie das Neuen aufzunehmen.

Visher war Takamatsu Offizier. Mit 15 Jahren trat er in die Kaiserliche Marineakademie in Tokio ein. Nach verschiedenen Beförderungen diente er im Jahre 1924 als Kadett auf dem Kriegsschiff Nagato, wurde später Fähnrich und diente als solcher auf Fusō und den Dreadnoughts Furutaka und Hiei. Dann unternahm er eine Australienreise auf dem Schlachtkreuzer Yagumo und gehört jetzt zum Kommando des Schlachtkreuzers Haruna.

In der hohen Diplomatie ist der Prinz noch ein unbeschriebenes Blatt. Aber mit seiner japanischen höflichen Zurückhaltung wird er kaum irgendwo Anstoß erregen oder Aufsehen hervorrufen, wenn man von dem Argernis absieht, das die Amerikaner an seinem Londoner Besuch nehmen. Er wird sich mit seiner Gattin, der kommenden Kaiserin oder Kaiserin-Mutter von Japan, in die für ihn neue Welt hineinleben und um mancherlei klüger in seine Heimat zurückkehren.

Masaryk und die Minderheiten.

Die unlängst in Prag gegründete tschechische „Gesellschaft zur Prüfung von Fragen der nationalen Minderheiten“ hat in diesen Tagen die erste Nummer ihrer Fachzeitschrift unter dem Titel „Máročko a svět“ herausgegeben. An erster Stelle steht eine Erklärung des Präsidenten Masaryk, die er gegenüber Vertretern dieser Gesellschaft in einer besonderen Audienz abgegeben hatte, in der er sich über die Aufgaben und Ziele der Gesellschaft informieren wollte. In dieser Erklärung befinden sich folgende höchst interessante Bemerkungen über das Zusammenleben der einzelnen Nationalitäten im Staate:

„Das Problem der nationalen Minderheiten in Europa konnte nach dem Kriege konfrei nicht gelöst werden. In der Friedenskonferenz unterhandelten die Staaten untereinander, nicht aber die Minderheiten. Es ist zweifelhaft, daß die Staaten zu irgend einer Zeit in bezug auf das Minderheitenproblem einheitlich sein könnten. Ursprünglich entstanden die Staaten nicht auf dem Nationalitäten-Grundsatz, sondern vor allem auf dem Grundsatz der Dynastie, weiter auf dem Grundsatz der Großmachtstellung, der Wirtschaft, der Geographie usw. Wahrscheinlich werden die nationalen Minderheiten auf ihre Rechte zu pochen versuchen und zwar auch in den Staaten, in denen bisher das Minderheitenproblem als solches niemals aktuell gewesen ist. Die Aufgabe der nationalen Mehrheit in einem Staat, der eine Minderheit hat, müßte es sein, das Verhältnis dieser Minderheiten zum Mehrheitsvolk und zum Staat gehörig zu regeln. Man darf nicht warten, bis die Minderheit ihre Rechte zu fordern beginnt; man darf Konzessionen nicht erst auf Grund der Forderungen der nationalen Minderheiten machen. Auf dem Wege dieser Analyse müßte das Mehrheitsvolk selbst ein Programm aufstellen, durch das das Verhältnis der Minderheit zum Staat geregelt wird. Und dann müßte dieses Programm gewissenhaft durchgeführt werden, und zwar nicht allein im Interesse der Minderheit, sondern vor allem im eigenen Interesse und in dem des ganzen Staates.“

Weiter erinnert Masaryk daran, daß er schon oft auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, die Frage der nationalen Minderheiten in anderen Staaten zu prüfen. Dies bedeutet durchaus nicht, daß der betreffende Staat sich blind an die Methoden halten müßte, die in anderen Staaten angewendet werden, aber auf Grund dieser Methoden müßte er die verschiedenen Typen des Minderheitenproblems kennenlernen. Jedes Minderheitenproblem, so sagte Masaryk, erfordert eine besondere Behandlung. So weit es sich um die Tschecho-Slowakei handelt, so muß sie mit Rücksicht auf ihre internationale Situation, die geographischen Verhältnisse und ähnlichem selbst genug Mut aufbringen, um sich zu einer selbstständigen, von fremden Mustern unabhängigen Lösung der Minderheitenfrage aufzuraffen. Präsident Masaryk ist davon überzeugt, daß man bei gutem Willen der entsprechenden Faktoren, vor allem aber der nationalen Mehrheit nach Ablauf einer gewissen Zeit einen besonderen Typ der Regelung des Minderheitenproblems in der Tschecho-Slowakei wird schaffen können.

Die Lösung der Minderheitenfrage sei in erster Linie zweifellos Aufgabe politischer Faktoren. Doch ohne das entsprechende theoretische Material kann von der Lösung dieses Problems nicht die Rede sein. Aus diesem Grunde begrüßt der Präsident mit Freude die Entstehung der Gesellschaft zur Lösung des Minderheitenproblems, die gerade zur Sammlung dieses theoretischen Materials und zur ständigen Informierung der maßgebenden Kreise über die Möglichkeit der Lösung der einzelnen Minderheitenprobleme ins Leben gerufen worden ist.

Wie vorsichtig und akademisch Herr Masaryk doch über das Minderheitenproblem spricht, nachdem die tschechische Minderheit in der Tschecho-Slowakei zur Herrschaft gekommen ist! Der „eigene“ Typ der Tschechen für die Lösung des Minderheitenproblems besteht vorläufig darin, daß die Tschechen die anderen Minderheiten des Staates weit schlechter behandeln, als ihnen selbst dies jemals zu österreichischer Zeit widerfuhr. Ob die neue Gesellschaft zur Prüfung von Fragen der nationalen Minderheiten“ irgend etwas an diesem Zustand ändern wird, möchten wir bezweifeln. Vermutlich soll in diesem Institut zunächst geprüft werden, wo man den Minderheiten am wirksamsten Dauermenschen anlegen kann. Oder der ganze Apparat ist im besten Falle eine recht theoretische Konstruktion zur Verunsicherung des in der praktischen Wirklichkeit böse gewordenen Gewissens. —

Wir haben in Warschau ganz ähnliche Bestrebungen erlebt.

Eine englische Erklärung zur Minderheiten-Frage.

„Das Minderheitenproblem steht im Mittelpunkt des Interesses Gesamteuropas und die Sicherung des Friedens wird von einer weitgehendsten Lösung dieser Frage erwartet.“

Scotus Biator — Professor Seton Watson — sendet einen offenen Brief an die Redaktion der „Patria“ (Klausburg). Der angehobene englische Publizist hat sich bekanntlich vor dem Kriege sehr stark für die damaligen Volksminderheiten — Serben, Rumänen, Tschechen — eingesetzt.

Der Brief von Scotus Biator an die Redaktion der „Patria“ hat folgenden Wortlaut: „Berehrter Herr Schriftleiter! Meine langwierige Krankheit hat mich daran gehindert, das Ergebnis meiner Eindrücke in Rumänien in die Öffentlichkeit zu bringen. Ich muß gestehen, daß alles, was ich im vergangenen Jahre in Klausenburg sah, mir als vertrauerneckend für die Zukunft erschien, vornehmlich, als ich mit der Tätigkeit Ghiză Pop's bekannt wurde, in der ich die Gewähr einer richtigen Intention der Regierung erblickte. Ich hatte das Empfinden, daß die Regierung bis zur Wurzel der Frage dringen wolle und die Minderheitenfrage nicht aus opportunistischen Gesichtspunkten, sondern aus prinzipiellen Grundsätzen heraus lösen und dadurch eine ständige Krankeverscheinung des politischen Lebens, ein für allemal befeitigen wolle... Das Ansehen Rumäniens im Auslande hat sich im Verlaufe der letzten 18 Monate bedeutend gefestigt, was in erster Linie jener Bestrebungen zuzuschreiben ist, mit denen die Regierung auf die Einführung moderner Regierungsmethoden drang. Diese Methode einer strenger Kontrolle in allen Zweigen des öffentlichen Lebens müßte aber durch die Lösung der Minderheitenfrage ergänzt werden, wenn das Ver-

trauen des Auslandes zu der Regierung Man zu noch stärker werden soll. Wenn die öffentliche Meinung des Westens auch keine pünktlichen Informationen über die Innen-Angelegenheiten der Oststaaten besitzt, so wurde sie dennoch aufmerksam, als bekannt wurde, daß in Europa nicht weniger denn 35 Millionen Menschen als Minderheiten leben und daß ihr Los das Los zweitrangiger Staatsbürger genannt werden kann... Es ist auch dies schon allgemein bekannt, daß verschiedene Verträge, deren Sinn es wäre, die sprachlichen Rechte der Minderheiten zu sichern, tote Buchstaben geblieben sind. Die öffentliche Meinung weiß aber auch in den Weststaaten, daß in einzelnen Ländern die Bestrebung auf Auflösung der Minderheiten schounungslos vorherrscht und vielerorts Auswüchse zeitigt, wie sie nicht einmal vor dem Kriege in Zeiten der russischen, preußischen und magyarischen Regierungsmethoden angewendet wurden. Das Minderheitenproblem steht im Mittelpunkt des Interesses Gesamteuropas und die Sicherung des Friedens wird von einer weitgehendsten Lösung eben dieser Frage erwartet... Denjenigen aber, die auch vor dem Kriege im Interesse der unterdrückten Minderheiten gekämpft haben, ist es doppelte Aufgabe, ihre Freunde aus den Reihen der vormaligen Minderheitenvölker darauf aufmerksam zu machen, daß jede Gewaltmaßnahme, die auf eine Assimilation der Minderheitenvölker abzielt, unmoralisch und unzulässig ist...“

Ich muß bei dieser Gelegenheit auch der Meldung, die von Frau Bakker bei der Brüsseler Konferenz der Völkerbund-Länder erstattet wurde, Erwähnung tun. Basile Stoica hat damals mit Entrüstung gegen den Inhalt des Berichtes protestiert und auch ich war schon nahe daran zu glauben, Frau Bakker sei in Irreführer getrieben worden, die geeignet wären, ein Aufbrauen der rumänischen öffentlichen Meinung hervorzurufen. Doch, da ich den Bericht gründlicher durchlas, stellte ich fest, daß der Bericht — Wahrheit ist. Wenn Frau Bakker in ihrem Bericht auch Worte des Tadelns über die Art der Behandlung der Minderheiten Rumäniens gebraucht, so finde ich keine Behauptung, gegen die auch nur eine erste Einwendung gemacht werden könnte... Mit einem Wort, man darf den Bericht der Frau Bakker nicht so betrachten, als wäre er aus einem feindlichen Gefühl Rumäniens entstanden. Im Gegenteil. Er hält das Interesse für das Minderheitenproblem hoch und lenkt es auf das offiziell angekündigte rumänische Minderheitengesetz. Wenn die Manu-Nationierung diese Frage in gerechtem Sinne löst... so wird sie dadurch nicht allein dem rumänischen Staate große Dienste erwerben, sondern auch die Unrechtsmeister helfen, die heute in Europa herrscht.

Was für Rumäniens gilt, gilt das nicht ebenso für Polen?!

Kritik am englischen Parlament.

Im Vaterlande des Parlamentarismus gibt es eine Propaganda gegen das Parlament.

London, 17. Juni. (PAT.) Allgemeines Interesse löste hier ein Lettartikel aus, der unter dem Titel „Ja oder nein“ in der „Sunday-Times“ erschien und sich in heftiger Weise gegen das parlamentarische Regierungssystem in England wendet. Das Blatt stellt fest, daß im britischen Parlament eine Atmosphäre der Unentschlossenheit und ein Mangel an Wirklichkeitsgefühl herrsche. „Die Arbeitslosigkeit steigt, der Handel geht immer mehr zurück und man tut nichts dagegen. Das Ergebnis davon ist die wachsende Skepsis der Volksgemeinschaft gegenüber dem Parlament. Früher oder später wird, sofern die Unentschlossenheit andauert, das Prestige der parlamentarischen Regierung dermaßen sinken, daß ein Starke mit praktischen Methoden als Parlamentsvater wird hervortreten können. Das Volk wird zum Schutz einer Institution, die einen negativen Charakter hat, nicht kämpfen. Die Demokratie wird nicht zu den Waffen zur Verteidigung eines Leichnams greifen. Das Volk hat genug von den halben Mitteln und von der Ratlosigkeit. Eine Wahl gibt es nur zwischen einem starken Führer und dem Untergang des Parlaments überhaupt.“

Dieser aus konservativen Kreisen stammende Artikel ist um so charakteristischer, als vor wenigen Tagen im Organ der regierenden Labour-Partei, dem „Daily Herald“, der Sozialist Trachy gleichfalls einen heftigen Angriff gegen das System der parlamentarischen Arbeit gerichtet hatte. Die Kritik am Parlamentarismus wird also im Vaterlande des Parlamentarismus immer stärker.

Abonnements-Bestellungen

auf die

„Deutsche Rundschau“

nehmen entgegen alle
Postämter und Postagenturen in Polen

sowie unsere nachstehend aufgeführten

Filialen:

Culmsee (Chelmza), Werner Lindemann, Chelmzka 39.
Culm (Chelmno), Kołociewski.
Czerni (Czerni), Otto Liez, Batorego 1.
Danzig, Danz, Buchhandlung und Reklame-Bureau,
Raffibischer Markt 21.
Danzig, Helene Schmidt, Holzmarkt 22 I.
Danzig, Wilh. Kastell, Stadtgraben 5.
Gordon, Leon Skłodowski.
Gordon, Niedz, Kolonialwarengeschäft.
Gothershausen (Tablonowo), L. Schreiber, ulica
Głowna 2.
Granden (Grudziądz), Arnold Kriedte.
Konitz (Chojnice), W. Dupont, Inh. F. Büchner,
Schloßhauerstraße (Szlachta) 4.
Lessen (Łasin), Arno Kindt, Hallera 2.
Lobes (Lobżenica), A. Herzfeld.
Naklo (Nakło), Otto Brening, Buchdruckerei.
Neuenburg (Nowe), Otto Sapieha, Klosterstraße.
Neumark (Nowemirsk), Fr. Helene Klein, ul. Pra-
myłkow 1.
Neustadt (Wejherowo), Fr. Kunath, ul. Pucka 1.
Puck (Puck), Ed. Freimann.
Soldau (Działdowo), P. Gedamski, Rynek 37.
Schulitz (Solec), S. Małomiejski, Buchdruckerei.
Schwes (Świecie), C. Capari.
Schwes (Świecie), W. Fabiański, Księgarnia i Sklep
Papierni.
Thor (Toruń), Just. Wallis, Szeroka 34.

Neuwahlen für den Kreistag Schubin

im Wahlbezirk III, Egin (Kęcynia).

Im Wahlbezirk III, Egin (Kęcynia), des Kreises Schubin finden, worauf wir bereits mehrfach hingewiesen haben, am Sonntag, dem 22. Juni, die Neuwahlen für den Kreistag statt.

Die deutsche Liste

hat die Nr. 1 erhalten.

Spitzenkandidat ist Rittergutsbesitzer Eugen Bandgraf, Rosenthal.

Eine Gteilung des Wahlbezirks bezügl. der Wahllokale folgt anschließend.

Geschlossene Ausübung des Wahlrechts durch alle Deutschen ist für einen Erfolg unbedingt erforderlich. Besondere Auskunft erteilen jederzeit die örtlichen Vertrauensleute für die Wahl. Die Zuständigkeit der einzelnen Ortschaften für bestimmte Wahllokale ist wie folgt festgesetzt:

Dobiszian (Dobieszino), Dobieszienko, Słupowo, Słupowek: Schule in Dobiszian.

Riesenburg (Oleszno) Gemeinde und Gut, Dobieszienko Gut, Rosenthal (Roszpetel) Gut: Gutsvorstandslokal Dobieszienko.

Chwaliszewo, Smogulsdorf (Smogulecka Wies): Gutsvorstandslokal Chwaliszewo.

Laskownica, Neudorf (Nowawies), Mieczkowo: Schule in Laskownica.

Ludwikowo, Gromadno (Gromadno), Grünhagen (Kowalewo), Kowalewo, Paulstal (Piotrowo): Schule in Grünhagen.

Paulina, Kowalewo-Vorwerk, Veronika, Wojciechow, Bergheim (Józefkowo), Michalinka, Viktoriatal (Kocewka): Schule in Paulina.

Neukirchen (Sipior), Grüntal (Studzienki) Gut und Gemeinde: Schule in Neukirchen.

Schepej (Szczepice), Babłocia, Rostau (Rozdrażbowo), Helmsdorf (Mechnac): Schule in Schepej.

Malitz (Malice), Ujazd, Tupadły, Krępijany: Schule in Malitz.

Palmierowo, Elisenhof (Włodzimierzewo), Zurawia: Gutsvorstandslokal in Zurawia.

Sternik (Sierakow), Grocholin, Karolinowo, Iwno, Miastkowo, Lanckowic (Lankowice), Lanckowiczy: Gutsvorstandslokal Sternik.

Debogóra, Debogórzyn, Kazimierzewo, Debogórk: Schule in Debogóra.

Rundschau des Staatsbürgers.

Erleichterungen bei der Zollrevision.

Wie aus Warschau gemeldet wird, tritt am 1. August d. J. durch Verordnung des Finanzministers ein neues Zollverfahren in Kraft, durch das die bisherigen überaus beschwerlichen Formalitäten bei der Zollabfertigung vereinfacht werden sollen. Vom 1. August ab wird die Grenzzollrevision in den Waggons nicht allein der Schnellzüge, sondern auch der gewöhnlichen Personenzüge erfolgen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gesattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verantwortlichkeit angeföhrt.

Bromberg, 20. Juni.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet trockenes, warmes Wetter und leichte Gewitterneigung an.

Die Tätigkeit der Volksküche.

Stärker als in der Vorkriegszeit ist wie in anderen Ländern und Städten, so auch bei uns die Not weiter Volkschichten ein der Lösung harrender, dringender Faktor des sozialen Lebens geworden. Während vor dem Kriege die Volksgemeinschaften West- und Mitteleuropas im allgemeinen reich genug waren, um Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit in umfassendem Maße zu bekämpfen, sind die Staaten nach dem Kriege — verarmt durch die ungeheuren Kriegslasten und Kriegsrüstungen auch in der Gegenwart — größtenteils dazu nicht in der Lage. Nur in Deutschland und England hat die Armen- und Arbeitslosenfürsorge einen Stand erreicht, der wenigstens die für eine Volksgemeinschaft beschämendste größte Not lindert.

Mehr denn je sind die Kommunen bei der Bekämpfung der Not auf sich selbst, auf die Hilfe der Bürgerschaft angewiesen, — der Staat kümmert sich leider wenig um die Sorgen seiner Verwaltungsglieder. Der vergangene Winter hat trotz seiner Milde eine sprunghafte Steigerung der Arbeitslosigkeit und damit der Not auf eine bisher bei uns — abgesehen von den abnormalen Jahren unmittelbar nach dem Kriege — kaum dagewesene Höhe gebracht. Die Verwaltung unserer Stadt kämpft mit allen, leider aber doch nur schwachen Kräften gegen die Not an und musste schließlich die Hilfe der Bürgerschaft anrufen, die auch in umfangreichem Maße einsetzte. Besonders erfreulich waren die sehr guten Ergebnisse, die die deutsche Spendenliste für die Arbeitslosen einbrachte.

Den Hauptteil der Arbeit bei der Vinderung der Not in unserer Stadt hat stets die Volksküche zu tragen gehabt, der auch der weitauß größte Teil der Spenden zusloß. Was von der Volksküche in diesem Winter, d. h. in der Zeit vom 1. Dezember bis 4. Mai geleistet wurde, geht aus folgenden Angaben hervor:

In der angegebenen Zeit wurden 429 338 zubereitete Mittag- und 280 518 Mittage im Rohzustand ausgegeben. Durchschnittlich verabschiedete die Küche täglich 4500 Mittagessen, außerdem 354 328 Pfund Brot. Die allgemeinen Ausgaben für die Volksküche betragen 101 207,43 Zloty. Sie wurden gedeckt durch Spenden von Naturalien im Gesamtwerte von 7995 Zloty, Geldspenden des Wojewoden (20 995,46 Zloty) und der Bromberger Bürgerschaft (18 353,46 Zloty) und durch die Zuschläge der städtischen Selbstverwaltung in Höhe von 58 803,67 Zloty. In der Küche werden ein Arbeiter und sieben Frauen beschäftigt.

Große Anerkennung verdient hier — das sei noch einmal hervorgehoben — die Opferfreudigkeit unserer Bürger-

schaft, die trotz der schwierigen Wirtschaftslage, mit der heute jeder zu kämpfen hat, die Mittel erbrachte, die über 10 Prozent der allgemeinen Ausgaben der Küche deckten.

Die Abiturientenprüfung am hiesigen Deutschen Privatgymnasium haben bestanden die Schüler der humanistischen Abteilung: Willi Czerelius, Walter Krämer, Brigitte Krüger, Paul Schülke, Joachim Siegert, Herbert Will, Friedrich Wolter; der mathemat.-naturwissenschaftlichen Abteilung: Herbert Andrees, Rudolf Bloch, Franz Düsterhoff, Jürgen Kujath-Dohberlin, Carmen Poehl, Annemarie Richter, Ruth Scheerschmidt, Asta Steinberg, Editha Warmbier.

Das Fronleichnamswetter ließ in diesem Jahre bestimmt nichts zu wünschen übrig und so konnten die üblichen Prozessionen stattfinden, ohne daß schlechte Witterung das Fest störte. Die Häuser in den Straßen, durch die sich die Prozessionszüge bewegten, waren festlich geschmückt. Außerdem lockte das Wetter viele Tausende hinaus in die Natur und die Ausflugszüge, Autobusse und Dampfer waren bis auf den letzten Platz besetzt. Wir Bromberger sind ja sehr glücklich daran, eine so herrliche Umgegend zu haben, die reiche Gelegenheit zu den schönsten Ausflügen bietet. Natürlich verläuft nicht alles glatt und manch einem wird der Genuss des Feiertagsausfluges vergällt, wenn er im Gedränge auf dem Kleinbahnhof in Okole seine Geldtasche oder andere Gegenstände eingebüßt hat. Gerade am Kleinbahnhof haben die Taschendiebe günstige Gelegenheit für ein bequemes Arbeiten. Hunderte von Menschen, die des Abends nach Schön verbrachtem Tage hier mit der Kleinbahn ankommen, sind gewohnt, sich durch eine einzige kleine, enge Pforte, wo man nur einzeln hindurchkommt, zu zwängen. Dabei wird dem Städter nicht nur viel Zeit genommen, sondern es entsteht auch ein furchterliches Gedränge. Vielleicht ließe sich aber hier irgendwie Rat schaffen. Jedenfalls wären wir alle der Kleinbahnverwaltung äußerst dankbar, wenn sie in den Zeiten des Hochbetriebs die „Sperre“ etwas verkleinern und den „Durchgang“ etwas erweitern könnte.

Der Chor der Christuskirche veranstaltete am gestrigen Fronleichnamstag bei prächtigem Wetter seinen traditionellen Ausflug, der die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste nach Ostromeklo führte. Nachdem sich alle gehörig gestärkt hatten, trug der Chor unter Leitung seines Dirigenten Dr. Lenkeit eine Reihe singiger Volkslieder vor, wofür er reichen Beifall erntete. Bei Spiel und Gesang verlief der Tag nur zu schnell und man mußte an den Heimweg denken, der in fröhler Stimmung angetreten wurde.

Der bienenwirtschaftliche Verein für Bromberg und Umgegend hielt am 15. d. M. in Ostromeklo seine Monatsversammlung ab. Zunächst eröffnete Herr Kamecki seinen Bericht über die Delegiertenversammlung in Posen; gleichzeitig überbrachte er dem Verein die silberne Medaille für ausgestellten Honig auf der Ausstellung in Posen im Jahre 1929. So dann wurden die Bienenstände von Herrn Małek und Herrn Dornowsk besichtigt, die mustergültig vorgefundene wurden; Honig wurde auch schon geschleudert. Nach einer photographischen Aufnahme und Aufnahme eines Mitgliedes wurde die Versammlung geschlossen.

Die Gefahren der Fleischvergilzung. Die warme Jahreszeit, in der wir uns jetzt befinden, bringt die Gefahr von Fleischvergilzungen in erhöhtem Maße mit sich. Besonders in den Monaten Mai bis Oktober ist größte Vorsicht beim Genuss von Fleisch anzuraten. Der Öffentlichkeit ist nur zum Teil bekannt, wie groß die Zahl der Fleischvergilzungen ist. In Deutschland wurden beispielsweise nach den Ermittlungen des Reichsgesundheitsamtes in den letzten Jahren 2000 Fleischvergilzungen gezählt, ganz zu schweigen von den Fällen, die aus den verschiedensten Gründen nicht zur Kenntnis der zuständigen Stellen kamen. Am gefährlichsten ist der Genuss von verdorbenem Hirschfleisch, denn die Statistik beweist, daß gerade durch dieses Fleisch die meisten Vergiftungen hervorgerufen werden. Dabei trifft die Schuld weniger das Fleischgewerbe, sondern in den meisten Fällen liegt es an unsachgemäßer Aufbewahrung des Fleisches im Haushalt. Darum muß man bei dem Genuss von aufbewahrtem Fleisch ganz besonders vorsichtig sein. Von den Wurstsorten ist am gefährlichsten die Leberwurst.

Ein gefährlicher Unglücksfall ereignete sich am letzten Dienstag im Breidenbacher Forst. Dort war die Artilleriestraße (Gen. Bema) 3 wohnende Franciszek Makowski damit beschäftigt, trockene Äste von den Bäumen zu brechen. Sie war auf einen Baum geklettert und stürzte so unglücklich herunter, daß ein Ast mit seinem spitzen Ende ihr in den Arm drang und die Pulsader zerriss. M. erlitt einen starken Blutverlust und wurde von der Rettungsbereitschaft in hoffnungslosem Zustande dem Stadtkrankenhaus zugeführt.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. 3. Auf die heutige einmalige Aufführung der fünfzäfigen Tragödie von Friedrich Hebbel: „Geges und sein König“, wird hiermit empfehlend hingewiesen. Die Aufführung ist als Ehrenabend für den Gründer und Leiter der Deutschen Bühne, Herrn Dr. Hans Tige, anlässlich seines 80. Auftritts gedacht. Mit dieser Aufführung ist aber vornehmlich Gelegenheit gegeben, Hebbels reizende Tragödie in einer Wermelmelodie zu erleben, einer Melodie, die in Werke gebannt ist, wie sie Hebbel in schöner geschrieben hat. Niemand sollte sich den Genuss dieser Aufführung versagen. (Kandaulus: Dr. Hans Tige, Rhodope: Charlotte Damasko, Geges: Hans Clemens, Thoas: Willi Damasko). Beginn 8 Uhr, Ende 10½ Uhr. Siehe Anz.) (7098 II. Schulkonzert d. Brom. Konserv. (Dir. v. Winterfeld): Sonnabend, den 21. 6., abends 7½ Uhr, Biwilašino. (7089)

*

Argenau (Gnierekow), 18. Juni. Am 24. d. M., vormittags 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn Wejmann in Gr. Glinno ein Holztermint statt, in dem Brenn- und Nutzhölz aus allen Revieren der Oberförsterei Groß Osiek zum Verkauf kommt. Auch Händler werden zum Termin zugelassen, ebenso kann bei größerem Einkauf Kredit bewilligt werden. Die Kaufbedingungen werden vor dem Termin verlesen. — Der heutige Wochenmarkt war recht gut besucht und reichlich besichtigt. Man zahlte für das Pfund Butter 1,70—2,00, für die Mandel Eier 1,80 bis 2,00. Für Gemüse verlangte man: neue Möhren 0,30—0,40, Rote Rüben 0,15, Rhabarber 0,20, Spinat 0,15, Spargel 0,80—1,00, Gurken 1—1,20, Tomaten 3—3,50, Stachelbeeren 0,80—0,50, Zwiebeln 0,20, Kohlrabi 0,30—0,40, Erdbeeren 3,50—4,00, das Pfund, Blumenkohl 0,50—1,20, Salat 0,05, der Kopf, Kirschen 1,20—1,50 das Pfund. Kartoffeln wurden mit 1,25—1,50 der Bentner angeboten. Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für alte Gänse 8,00 bis 10,00, junge 4—5,00, alte Enten 5—6,00, junge 2—2,50, Puten 12—14,00 das Stück. Läuferschweine brachten 90 bis

„MIXIN“
ist das beste u. billigste
SEIFENPULVER

100 Zloty das Stück und Absatzkalk 85—90 Zloty das Paar. — Am letzten Sonntage fand hier die Einsegnung der evangelischen Kinder durch den Ortsfarrer statt.

v. Markowic, 18. Juni. Am letzten Sonntage überfuhr ein junger Bruno Webel von hier mit seinem Motorrad den sieben Jahre alten K. Typisch. Schwer verletzt mußte der Junge ins Krankenhaus geschafft werden.

1. Klecko, 18. Juni. Chausseebau. Es wird zurzeit lebhaft an dem Chausseebau von Klecko über Czechy-Dalećmarke nach Waliszewo gearbeitet. Die neue Straße soll Anschluß an die Chaussee von Kiszkow nach Gnesen haben. Dieser neue Verkehrsweg wird nicht nur lebhaft von der umliegenden Landbevölkerung begrüßt, sondern auch von unserer hiesigen Geschäftswelt, die dadurch ein bedeutend lebhafte Geschäft erhofft. Bisher bevorzugte nämlich ein großer Teil der Landbevölkerung den zwar weiteren, aber besseren Weg nach Gnesen, um dort die Einkäufe zu erledigen. — Der heutige Wochenmarkt war reichlich besichtigt. Es wurde gezahlt für: frische Gurken 0,80 pro Pfund, neue Kartoffeln 0,30 das Pfund, Blumenkohl je nach Größe 0,25 bis 0,40 pro Kopf, Kohlrabi das Stück 0,10, Rhabarber 0,20, Spargel 0,80 pro Pfund, Möhren das Pfund 0,20, junge Erbsen pro Pfund 0,60 und Stachelbeeren 0,50. Für Butter zahlte man 1,50—1,80 pro Mandel, für Butter 2,00.

Freie Stadt Danzig.

* Zwei Todesurteile. Das Schwurgericht in Danzig sprach am Dienstag abend nach zweitägiger Verhandlung ein doppeltes Todesurteil aus, und zwar gegen die Landarbeiter Hermann Maisz aus Palschau, 24 Jahre alt, und Friedrich Brandt aus Neukirch, 20 Jahre alt. Beide legten ein Geständnis dahin ab, in der Nacht zum 15. Februar d. J. in das Armenhaus in Barendt, Kreis Groß Werder, eingedrungen zu sein, um in gemeinsam Handeln die 88jährige Armenhäuserin Witwe Anna Skodell zu ermorden und zu berauben. Die Verhandlung ergab, daß die Täter in geradezu rücksichtiger Weise die unglückliche Greisin abgeschlachtet hatten, um sich an ihren Ersparnissen zu bereichern. Sie fanden indessen nur 81 Gulden vor, die sie unter sich teilten. Es dauerte sechs Wochen, ehe die Täter gefasst werden konnten, bis sich Maisz selbst durch Erzählungen über die Tat bei einem Bekannten verriet. Das Gericht sah planmäßiges Handeln beider Täter für erwiesen an, da sie ursprünglich schon die Absicht hatten, bei dem Amtsdienner des Dorfes am Tage vor dem Mord an der Greisin einen Raubmord zu begehen. Sie brachten aber das beabsichtigte Verbrechen bei dem Amtsdienner nicht zur Ausführung, da sie sich nicht sicher fühlten. So glaubten sie, bei der unglücklichen Greisin keinen Widerstand zu finden. Brandt konnte durch Verstellen seiner Stimme am Fenster bei der Greisin den Auschein erwecken, als ob ihr Enkel bei ihr zu nächtlicher Stunde Einlaß begehrte. Durch diese Täuschung gelang es beiden Tätern, in die Wohnung der Greisin zu gelangen. Sie schlugen und stachen auf sie so lange ein, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Maisz gab an, es sei ihm bei der Witwe Skodell nicht um die Erlangung von Geld zu tun gewesen, da er einen Betrag von etwa 150 Gulden in der Nähe seiner Wohnung vergraben habe. Ein gerichtlicher Lokaltermin an dieser Stelle mit Nachgraben nach diesem Betrage verlor jedoch ergebnislos. Das Gericht folgte bei der Verhängung der Todesstrafe über beide Täter dem Antrage des Staatsanwalts. †

Aus den deutschen Nachgebieten.

* Neustettin, 17. Juni. Großfeuer. In Dachow entstand am Montag nachmittag in einem massiven und mit Ziegeln gedeckten Bier-Familien-Wohnhaus der Herrschaft Dr. Denning ein Brand. Das Feuer, welches auf dem Hausboden entstanden war, griff so schnell um sich, daß es nicht mehr gelang, sämtliche Möbelstücke in Sicherheit zu bringen. Mitverbrannt sind Wäschestücke, Bettfedern, Fleischwaren und das gesamte Bodengelaß. Zum Schutz der schwer bedrohten Nebengebäude, die zum großen Teil noch Strohdach tragen, forderte man den Kreisfeuerlöschzug aus Neustettin an, der aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

* Glatow, 18. Juni. Von einem furchtbaren Brand unglücklich wurde gestern das Kirchdorf Radanowitz im hiesigen Kreise heimgesucht. Auf bisher ungeklärte Weise entstand in einer Scheune Feuer, das sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete. Insgesamt wurden fünf Wohnhäuser und 15 Ställe und Scheunen von den Flammen erfaßt und in Asche gelegt. Auch viel Vieh verbrannte. Der Sachschaden beträgt schätzungsweise 150 000 Mark. Die Geschädigten sind nur zum Teil versichert.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 20. Juni 1930.
Krakau — 3,06, Jawischow + 0,70, Warsaw + 0,75, Biecl + 0,32, Thorn + 0,16, Toruń + 0,15, Culm + 0,07, Graudenz + 0,24, Kujawsko + 0,52, Pielę + 0,28, Dirichau — 0,61, Einlage + 2,02, Schiewenhorst + 2,28.

Chefredakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: i. B. Hans Wiese; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H. sämlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 140

statt Karten.

Ihre Verlobung geben bekannt:

Cläre Früngel geb. Kühl
Eduard Wannow

Grudziądz, Siara 3

Hansfeld, Kr. Grudziądz
im Juni 1930 Pommerellen.

Deutsches Privatgymnasium Bydgoszcz

Warmińskiego 8.

Aufnahmeprüfung

für die Vorklasse (Sexta) am Donnerstag, d. 26. Juni 1930, 9 Uhr
für die Gymnasialklassen 1-8 am Freitag, d. 27. Juni 1930, 9 Uhr.

Bisherige schriftliche oder mündliche Anmeldung mit genauer
Angabe der Klasse unbedingt erforderlich.

Am Prüfungstage haben die Schüler vorzulegen:

Geburtsurkunde,

Impfchein,

leichtes Schulzeugnis.

Schüler aus Pomorze (Pomerellen) können nur mit vorheriger
Genehmigung des Kuratoriums O. S. P. in Poznań aufgenommen werden.

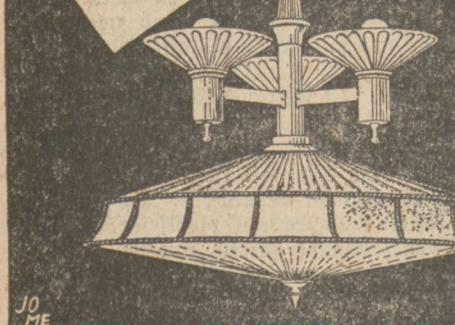
Deutsches Realgymnasium zu Inowrocław.

Die Aufnahmeprüfungen für Knaben und
Mädchen in die Klassen I und IV (Quinta und
Obertertia) finden am 23., 24. und 25. Juni
durch Teilnahme am Unterricht statt. Die
Prüfungen in allen anderen Klassen bis Klasse 6
(Obersekunda) einschließlich werden am 26. und
27. Juni abgehalten. In dieser Zeit werden
Anmeldungen der Kinder in die Vor- und
Klassen 1-4 (Sexta) entgegengenommen.

Der Direktor.

Lampen
J. Kreski

Bydgoszcz
Gdańska 7



Kirchliche Nachrichten.

* Bedeutet anschließende Abendmahlfeier
Fr. 1. Freitaufer.

Sonntag, den 22. Juni 30. 1. Sonntag n. Trinitatis.

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr:
Sup. Ahmann. 11½ Uhr
Kindergottesd. Abends. 1/2 abds. Evangelisation Pred.

Uhr. Familienabend des
Jungmädchenvereins im
Gemeindehaus. Mittwoch,
25. 6., vorm. 10 Uhr. Geist-
gottesdienst z. Gedächtnis
der vor 400 Jahren er-
folgten Überreicherung der

Augsburgischen Konfession
Superior. Ahmann. Am
Donnerstag fällt die Bibel-
stunde aus.

Ev. ang. Pfarrkirche.
Vorm. 10 Uhr: Pfarrer
Hesekiel. 1/2 Uhr Kinder-
gottesd. Dienstag abends.

8 Uhr Blautaufeversammlung
in Konfirmandensäle.
Christuskirche. Vorm.
8 Uhr Pfarrer Hesekiel.

Montag 8 Uhr Übungs-
stunde des Kirchenchors.
Dienstag, 8 Uhr Vereinst.
des Jungmänner-Vereins.

Vertretung durch Herrn
Pfarrer Hesekiel.

Luther-Kirche. Fran-
kenstraße 87/88. Vorm. 10
Uhr: Gottesdienst, Pfarr.
Lassahn. 11½ Uhr Kinder-
gottesdienst, nachm. 1/4
Uhr Jugendbund, 5 Uhr
Erbauungsbund, und Blau-
kreuzversammlung. Mitt-

woch. 25. 6., abends 8 Uhr
Festgottesdienst. 400 jähr.
Suffizienz der Augsburg.
Konfession.

Ev.-luth. Kirche. Po-
lenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr
Lebgetestdienst.

Landeskirchliche Ge-
meinschaft, Süderstraße
(Marcinkowskiego) Nr. 8 h
Sonnabend, abends 8 Uhr
ab Weißtreustunde für
junge Männer. Sonntag,
9 Uhr vorm. Gebetsstunde.

Prebigtgottesdienst.*

Kino Kristal

Heute, Freitag, Première!
Der große Schlager der Saison!
Das erstklassige, humorvolle,
pikante Lustspiel in 10 Akten

Beginn 7 u. 9.

Überall zu haben, wo nicht, wende man sich an

Kaffee Hag G. m. b. H., Danzig, Berholdsche Gasse 4

Vermögende

Damen wünsch. glückl.
Heirat. Einheiratungen.
Herren auch ohne Ver-
mögen sol. Auskunft.
Stabrey, Berlin,
Stolpischestr. 48. 4576

Stellengesuche

Ich suche zum 1. 7.
evtl. später für den Ver-
treter meines Beamten
unverh.

7067

Beamten- Stellung

Derselb. ist ein gewissen-
hafter, fleißiger u. sehr
tüchtiger Adler u. Viehwirt
mit einer 10 jähr.
Praxis. Zu weiteren
Ausflügen bin ich gern.
Zuschriften er-
bitte ich an Inspector
Werner Brunn, Kuczkow,
pocza Sobótka, pow.
Pleszew.

v. Becker, Kuczkow.

3004

Hebamme

erteilt Rat und nimmt
Bestellungen entgegen.
Danet, Śniadeczka 31.

2 Minut. vom Bahnhof.

7068

Racheln

weiß u. farbig
zu billigen Preisen

Transportable Rachellofen

Eiserne
Rohrherde

in großer Auswahl

ständig auf Lager.

7069

D. Schöpper,

Bydgoszcz, ul. 3duny 5.

Telefon 2003. 6623



Suche Stelle 3098

als Buchführer

auf deutschem Gut. Bin

der deutschen u. poln.

Spr. v. Wort u. Schrift.

Abg. 1. 7. für den z. Offizi-

ärsbüro. eingezog. Feld-

beamten einen gebild.

Gromadno, v. Gaubin.

7070

Müllermeister

ledig, 26 Jahre alt, mit

aktu. Zeugnissen und

Müllerchule sucht pa-

sende Stellung oder

Wachtmeister oder später

Angebote an

Wacław Mietkiewicz,

Mieczkowop. Gromadno

pow. Szubin. 3107

Suche Stelle 3098

Racheln

in verschieden. Farben

ständig auf Lager. 622

Transportable Rachellofen

große Auswahl

7071

M. Stęszewski

Ofenbaugeschäft

Poznańska 23. Tel. 284.

7072

Wichtig für Freunde!

Tamborsczele. 1. 7.

Nachmitt. 3 Uhr Jugendf.

Giebel. 10 Uhr Jugendf.

1/2 abds. Predigtgottesd.

1/2 abds.